

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVI. Jahrgang, Nr. 5

Mai 1953

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**X** Erste Auswirkungen der Kursanpassung — Saisonbedingte Belegung der Industrieproduktion und des Arbeitsmarktes — Teilweise Liberalisierung des Außenhandels

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage; Der Überlebenskampf der Schulentlassenen — Verkehr und Fremdenverkehr; Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1952/53 — Außenhandel*

### Die wirtschaftliche Bedeutung des ERP-Counterpartfonds

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

### Erste Auswirkungen der Kursanpassung — Saisonbedingte Belegung der Industrieproduktion und des Arbeitsmarktes — Teilweise Liberalisierung des Außenhandels

Die österreichische Wirtschaft hat auf die Vereinheitlichung der Wechselkurse ruhig und besonnen reagiert. Spekulative Reaktionen, wie die Vorwegnahme künftiger Kostensteigerungen in den Preisen oder Bevorratungskäufe, beschränkten sich auf wenige Einzelfälle. Im allgemeinen warten Produzenten und Konsumenten die tatsächliche Entwicklung der Preise und der Marktbedingungen ab, bevor sie ihre Dispositionen ändern.

Das heimische *Preisniveau* blieb im Mai, trotz der Verteuerung der Importe, weitgehend stabil. Zwar ist der Großhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes um 1,3% auf 760 (März 1938 = 100) gestiegen; die Verteuerung beschränkte sich jedoch auf einige ausländische Rohstoffe wie Baumwolle, Wolle, Flachs, Hanf, Jute und Kautschuk, deren Weltmarktnotierungen zum neuen Schillingkurs umgerechnet wurden. Die Verkaufspreise der inländischen Produzenten blieben bisher unverändert. Glühlampen, Flachglas sowie verschiedene Erzeugnisse der Maschinenindustrie und der Holzverarbeitenden Industrie wurden sogar billiger. Auch im Einzelhandel überwogen zunächst noch Preissenkungen. Die Indizes der Kleinhandelspreise und der Lebenshaltungskosten gingen von Mitte April bis Mitte Mai, hauptsächlich wegen der Verbilligung einiger

Nahrungsmittel, um 0,9% und 0,3% zurück. Der Lebenshaltungskostenindex war Mitte Mai um 8,2% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres; einzelne Teilindizes, wie die für Bekleidung, Reinigung und Körperpflege, unterschritten das Niveau vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen<sup>1)</sup>.

Besonders auffallend ist die Stabilität der „reagiblen“ Preise, die gewöhnlich besonders heftig auf Änderungen der Marktlage reagieren. Die Verteuerungspreise im Wiener Dorotheum sowie die Preise für Silber haben sich nach der Kursanpassung überhaupt nicht verändert; Feingold wurde sogar etwas billiger. Der freie Kurs des Schilling in Zürich, der nach der Abwertung vom November 1949 sprunghaft um 17% gestiegen war, sank diesmal nach einer

<sup>1)</sup> Tatsächlich dürften allerdings die Lebenshaltungskosten weniger stark zurückgegangen sein als der nach einem friedensmäßigen Verbrauchsindex berechnete Index anzeigt, da seit Mitte 1952 vorwiegend Waren (z. B. Fleisch und Bekleidungsgegenstände) billiger wurden, die gegenwärtig in geringeren Mengen verbraucht werden als vor dem Kriege. Bei Realeinkommensvergleichen muß außerdem beachtet werden, daß die Preissenkungen seit Beginn der Stabilisierungsbemühungen zum Teil nur die Verteuerungen nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen kompensierten. Gegenüber der Zeit vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen ist der Reallohn nur geringfügig gestiegen.

vorübergehenden geringfügigen Erhöhung bereits Ende Mai 1953 wieder auf den Stand vor der Kursanpassung. Nur die Aktienkurse zeigten eine leicht steigende Tendenz. Sie geht jedoch vorwiegend darauf zurück, daß die Aktionäre verstaatlichter Industrien eine angemessene Entschädigung erwarten.

Die bisher bemerkenswerte Stabilität der Preise darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß entscheidende Anpassungen erst bevorstehen. Preiserhöhungen sind in nächster Zeit für Kohle<sup>1)</sup>, pflanzliche Fette, Textilien, Schuhe und einige chemische Erzeugnisse zu erwarten. Es ist auch fraglich, ob sich die Inlandspreise für Eisen und Stahl, die schon vor der Kursanpassung nicht mehr kostendeckend waren, auf die Dauer werden halten lassen. Andererseits werden jedoch viele Industriezweige wegen Absatzschwierigkeiten auf Preissteigerungen verzichten, auch wenn sie kostenmäßig begründet erscheinen. Bei anderen Waren bietet das bis Mitte 1954 verlängerte Preisregelungsgeestz den Preisbehörden die Möglichkeit, die Verteuerung in engen Grenzen zu halten. Der Verzicht auf die Häuteimportabgabe, die Ermäßigung der Dollarpreise für polnische Kohle, die — allerdings nur vorübergehend — beabsichtigte Verbilligung von Zucker, die einmalig verbilligte Abgabe von Butter und Käse sowie die Trinkmilchaktion in den Schulen sind weitere Faktoren, die zunächst einer allgemeinen Verteuerung entgegenwirken.

Wie stark die Erhöhung der Importpreise letztlich die heimischen Fertigwarenpreise beeinflussen wird, läßt sich gegenwärtig naturgemäß nur schwer voraussagen. Ein abschließendes Urteil kann vermutlich erst gegen Jahresende gefällt werden, wenn die noch billig eingekauften Vorräte verbraucht sind und der vor Weihnachten saisonüblich bessere Geschäftsgang das Überwälzen höherer Kosten auf die Preise erleichtert. Nach einer Umfrage, die das Institut bei repräsentativen Exportfirmen über die Auswirkungen der Kursanpassung hielt<sup>2)</sup>, rechnet in den nächsten drei Monaten nur eine relativ kleine Zahl von Firmen mit einer Verteuerung der von ihnen verarbeiteten Rohstoffe und Halbwaren. Auf längere Sicht hegen allerdings die Unternehmer weniger günstige Erwartungen. Trotzdem beabsichtigen fast 70% aller befragten Firmen, auch auf längere Sicht an ihren alten Verkaufspreisen festzuhalten. Nur in der Textil-

und Bekleidungsindustrie sowie in der Lederindustrie werden ziemlich allgemein Preiserhöhungen erwartet.

Die Konsumenten haben auf die Kursanpassung nur schwach reagiert. Vereinzelt wurden wohl Kohle sowie einige dauerhafte Konsumgüter, die voraussichtlich teurer werden, auf Vorrat gekauft. Im ganzen gesehen waren jedoch die Umsätze im Einzelhandel nach den bisher vorliegenden Teilergebnissen im Mai nur wenig höher als im April, obwohl die Aprilergebnisse verhältnismäßig schlecht waren. (Die Mengenumsätze im Einzelhandel waren im März um 7% höher, im April aber nur ebenso hoch wie in den gleichen Monaten 1952.) Auch die auf Änderungen in den Preiserwartungen besonders empfindlich reagierende Spartätigkeit erlitt keine Einbuße. Wohl dürfte der Zuwachs an Spareinlagen im Mai saisonbedingt nicht mehr den hohen Zuwachs vom April (135 Mill. S) erreicht haben, er war aber noch immer erheblich größer als im Mai 1952. Der geringe Einfluß der Kursanpassung auf die Verbrauchs- und Spargewohnheiten läßt erkennen, daß die österreichische Wirtschaft schon nach einer relativ kurzen Zeitspanne stabiler Preise und Löhne eine beachtliche Widerstandsfähigkeit gegen inflationistische Tendenzen gewonnen hat.

Andererseits darf freilich nicht übersehen werden, daß das hohe Maß an „finanzieller Stabilität“ zum Teil eine Folge des gedrückten Produktions- und Beschäftigungsniveaus ist. Der stärkere Rückgang der Arbeitslosigkeit zu Frühjahrsbeginn ist hauptsächlich als eine Korrektur der übermäßig hohen Winterspitze der Arbeitslosigkeit zu werten, läßt aber noch nicht auf eine konjunkturelle Belebung auf dem Arbeitsmarkte schließen. Im Mai ging die Arbeitslosigkeit nur noch um 20.600 zurück, gegen 22.900 im Vorjahr. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden war Ende Mai mit 156.700 noch um 32.300 und 58.600 höher als zum gleichen Zeitpunkt der Jahre 1952 und 1951.

Der Zuwachs an Arbeitslosen bestand bisher ausschließlich aus Arbeitskräften, die bereits in den Arbeitsprozeß eingegliedert waren. Die Zahl der Beschäftigten war Ende Mai um 38.300 niedriger als Ende Mai 1952<sup>3)</sup>. In Hinkunft wird jedoch auch das Arbeitskräftepotential zunehmen, da die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren in das Berufsleben treten. Allein zu Schulschluß 1953 werden etwa 115.000 bis 125.000 Jugendliche die Schulen verlassen, um rund 30% mehr als im Vorjahr. Wenn auch auf kurze Sicht das Pflichteinstellungsgesetz für

<sup>3)</sup> Tatsächlich sind also — wie stets bei rückläufiger Konjunktur — mehr Arbeitskräfte entlassen worden, als sich zusätzlich Stellensuchende bei den Arbeitsämtern meldeten.

<sup>1)</sup> Die bisherigen Verhandlungen lassen erwarten, daß die Importverteuerung teilweise vom Handel aufgefangen wird. Für die Konsumenten dürfte ausländische Kohle nur um etwa 14% teurer werden.

<sup>2)</sup> Siehe Beilage 19 zu diesem Monatsbericht: „Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursanpassung, Ergebnisse einer Rundfrage.“

Lehrlinge sowie die Einführung eines teilweise obligaten 9. Schuljahres die unmittelbare Berufsnot der Jugendlichen mildern wird, so wird doch diesen zusätzlichen Arbeitskräften auf die Dauer nur in einer „wachsenden“ Volkswirtschaft eine lohnende Beschäftigung geboten werden können.

Die Industrieproduktion entwickelte sich annähernd saisongemäß, liegt aber erheblich unter dem bisherigen Höchststand. Im I. Quartal 1953 war der Produktionsindex um 6,9% niedriger als im I. Quartal 1952, obwohl schon damals Absatzschwierigkeiten die Konsumgüterproduktion behindert hatten. Von den 15 im Index enthaltenen Industriezweigen produzierten 8 weniger als im I. Quartal 1952 und 7 sogar weniger als im I. Quartal 1951.

Eindeutig günstig entwickelte sich in den letzten Monaten nur die Produktion der Fahrzeugindustrie, der Magnesitindustrie, der Metallhütten und des Bergbaues. Die Produktion der chemischen Industrie, der Textilindustrie und der Papierindustrie, die im 1. Halbjahr 1952 oder bereits im Jahre 1951 einen Rückschlag erlitten hatte, konnte sich zwar Anfang 1953 etwas erholen, blieb aber meist noch beträchtlich unter dem bisherigen Höchststand. Nur die Schuhindustrie hat ihre Absatzschwierigkeiten größtenteils überwunden und produzierte im Frühjahr 1953 mehr als je zuvor. Dagegen geht die Produktion der Maschinenindustrie und teilweise auch der Elektroindustrie seit Mitte 1952, von geringfügigen monatlichen Schwankungen abgesehen, ständig zurück. Auch die Baustoffindustrie ist im Frühjahr nur schwach angelaufen, obwohl die Bautätigkeit verhältnismäßig früh einsetzte. Die geringe Nachfrage nach Baustoffen geht hauptsächlich darauf zurück, daß die Bauherren im Herbst 1952 größere Mengen Baustoffe eingekauft hatten, die erst heuer im Frühjahr verbraucht wurden. Die bisher für April vorliegenden Produktionsdaten sowie die Ergebnisse des „Konjunkturtestes“ lassen vermuten, daß sich die gesamte Industrieproduktion auch im April und Mai nur annähernd saisongemäß erholt hat.

In dem Maße als es verschiedenen konjunkturbelebenden Maßnahmen gelingen sollte, die Produktion zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern, wächst zwangsläufig die Neigung, die vom Import ausgehenden Kostensteigerungen, die bei schlechtem Geschäftsgang von den Unternehmungen getragen werden, auf die Fertigwarenpreise zu überwälzen. Trotz der bemerkenswert schwachen Reaktion der Wirtschaft auf die Kursanpassung, wird daher die Wirtschaftspolitik Preise und Löhne sorgfältig beobachten und gegebenenfalls preisstabilisierende Maßnahmen ergreifen müssen, damit die gegen-

wärtig eingeleiteten konjunkturbelebenden Maßnahmen, wie etwa die in den letzten Monaten sich verstärkende Kreditexpansion, die Realisierung des Kursgewinnes der Notenbank, sowie die zumindest teilweise expansiv wirkenden Inlands- und Auslandsanleihen auch tatsächlich zu einer Mengenkonjunktur führen, ohne die Preis-Lohn-Stabilität zu gefährden.

Der *Außenhandel* ist im April saisongemäß leicht zurückgegangen. Die Ausfuhr nahm um 67 Mill. S auf 903 Mill. S und die Gesamteinfuhr um 15 Mill. S auf 1.092 Mill. S ab. Für Mai, den ersten Monat nach der Kursanpassung, liegt bisher nur die Abrechnung mit der Europäischen Zahlungsunion vor, die – erstmalig seit Dezember 1952 – wieder mit einem Überschuß von 3,7 Mill. \$ zu Gunsten Österreichs schloß. Dieser Überschuß dürfte vorwiegend darauf zurückgehen, daß die bevorstehende Kursoperation viele Importeure veranlaßt hatte, ihre Nachfrage nach Devisen auf den April vorzuverlegen. Obwohl die Notenbank nur in dringenden Fällen Devisen zuteilte, mußte sie doch in der letzten Aprilwoche über 100 Mill. S Devisen abgeben. Diese vorweg befriedigte Devisennachfrage fiel im Mai aus. Außerdem bedurfte es einiger Zeit, bis sich der Zahlungsverkehr auf dem neuen Kursniveau eingespielt hatte. Dauerwirkungen der Kursanpassung sind erst in einigen Monaten zu erwarten.

Die Exportwirtschaft selbst beurteilt ihre Exportaussichten relativ günstig. Wenngleich nur wenige der befragten Firmen mit einer starken Zunahme ihres Exportes rechnen, so hält doch die Mehrzahl die Kursanpassung für eine vom Standpunkt des Exportes „wirksame“ Maßnahme. Vor allem auf überseeischen Märkten errechnet sich eine relativ große Zahl von Firmen günstige Exportchancen<sup>1)</sup>.

Die relativ optimistische Beurteilung des zukünftigen Exportes gründet sich allerdings zum Teil darauf, daß viele Exporteure außer der Kursanpassung mit einer Reihe zusätzlicher *Exportförderungsmaßnahmen* rechnen. Angesichts der immer schärfer werdenden Konkurrenz auf den Weltmärkten sind in den letzten zwei Jahren immer mehr Staaten dazu übergegangen, ihren Exportwaren durch Kreditverbilligungen, Steuerrückvergütungen und -befreiungen, Hartwährungsprämien und eine Reihe anderer exportfördernder Maßnahmen den Weg ins Ausland zu ebnen. Wenngleich nicht übersehen werden darf, daß diese Exportförderungsmaßnahmen in manchen Ländern, wie z. B. in Frankreich, als Ersatz für eine Korrektur des unrichtigen Wechselkurses eingeführt

<sup>1)</sup> Siehe Beilage „Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursanpassung“.

wurden, so kann doch die österreichische Wirtschaftspolitik auf ähnliche Maßnahmen nicht ganz verzichten, solange sie international üblich sind.

Der Entwurf zu einem österreichischen *Exportförderungsgesetz* sucht die Ausfuhr durch Erhöhung der Umsatzsteuerrückvergütung für bestimmte Gruppen lohnintensiver Fertigwaren bis zu 10·2% der Exporterlöse sowie durch Erhöhung der Bundeshaftung für Exportkredite auf 750 Mill. S zu beleben. Diese Maßnahmen sollen vor allem Betrieben zugute kommen, die bisher koppelungsfähige Waren exportiert haben und deren Exportchancen sich durch die Abschaffung von Koppelungsgeschäften verschlechtert haben. Außerdem ist für alle Betriebe innerhalb bestimmter Grenzen eine steuerliche Bewertungsfreiheit für Neuinvestitionen vorgesehen, die mit der Exportförderung nur am Rande zusammenhängt und offenbar als Ersatz für das Investitionsbegünstigungsgesetz gedacht ist, das Ende 1952 abgelaufen ist.

Ein Erfolg dieser Maßnahmen würde es der Wirtschaftspolitik sehr erleichtern, die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten. Österreich wird zwar voraussichtlich auch für das Wirtschaftsjahr 1953/54 noch Auslandshilfe zur Deckung seines „strukturellen“ Dollar-Defizites erhalten, muß aber seine Importe aus den übrigen Währungsgebieten in der Hauptsache aus selbstverdienten Devisen bezahlen. Der Umstand, daß Österreich in den ersten 11 Monaten des Rechnungsjahres 1952/53 gegenüber der EZU einen Überschuß von 9·2 Mill. \$ erzielte, läßt noch nicht den Schluß zu, Österreich sei — ähnlich wie Westdeutschland — struktureller Gläubiger der EZU. Dieses günstige Ergebnis geht vielmehr hauptsächlich auf die hohen Überschüsse im 2. Halbjahr 1952 zurück, die einer einmalig günstigen Konstellation zu verdanken waren. In den ersten 5 Monaten 1953 hatte Österreich ein Defizit von 7 Mill. \$. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die überraschend hohen Deviseneingänge aus dem Ausländerfremdenverkehr im Winterhalbjahr 1952/53 — die Deviseneinnahmen

pro Kopf und Tag waren um 88% höher als im Winter 1951/52 — vermutlich nicht nur darauf zurückgehen, daß ein größerer Teil der Deviseneingänge an die Nationalbank abgeliefert wurde, sondern wahrscheinlich auch den Rückstrom von Fluchtkapital enthält, mit dem in Zukunft nicht mehr gerechnet werden kann. Eine mengenmäßige Steigerung des Ausländerfremdenverkehrs ist jedoch angesichts der scharfen Konkurrenz anderer Fremdenverkehrsländer nur noch innerhalb enger Grenzen möglich.

Unter diesen Aspekten wird es Österreich nicht leicht fallen, seine neu erworbene Stellung als Vollmitglied der EZU zu behaupten, ohne seine Kreditquote stärker zu beanspruchen, zumal da die Verpflichtung zur teilweisen Liberalisierung seines Außenhandels zumindest vorübergehend eine zusätzliche Belastung der Zahlungsbilanz bedeutet. Gewiß wird von Österreich nur eine relativ bescheidene und schrittweise Liberalisierung verlangt. Zunächst sollen etwa 35% des Außenhandels von quantitativen Importkontrollen befreit werden<sup>4)</sup>. Sicherlich wird auch eine freizügigere Einfuhr den Export fördern, da ausländische Vorprodukte rasch bezogen werden können, die bisher überhaupt nicht oder nur nach längerer Verzögerung erhältlich waren. Im ganzen gesehen setzt jedoch die reibungslose Eingliederung Österreichs in die durch die OEEC und EZU geschaffene westeuropäische Handels- und Zahlungsgemeinschaft voraus, daß die von der Kursanpassung und sonstigen Förderungsmaßnahmen erwartete Belebung des Exportes auch tatsächlich eintritt.

<sup>4)</sup> Die Liberalisierung von 35% der Einfuhr wird in zwei Gruppen durchgeführt. Waren im Werte von 25% der Gesamteinfuhr werden ab 1. Juli 1953, weitere 10% ab 1. Dezember 1953 ohne mengenmäßige Beschränkung aus sämtlichen OEEC-Staaten importiert werden können. Die Liberalisierungsliste umfaßt sowohl Nahrungsmittel und Futtermittel (u. a. Fettrohstoffe, Ölkuchen, Kakaobohnen sowie einige Obstsorten) als auch Rohstoffe (u. a. Steinkohle, Baumwolle, einige Lederarten und Kunstdünger) und Fertigwaren (u. a. Kunstseide, synthetische Garne, verschiedene Maschinen, einige chemische Erzeugnisse sowie sämtliche graphische Erzeugnisse).

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

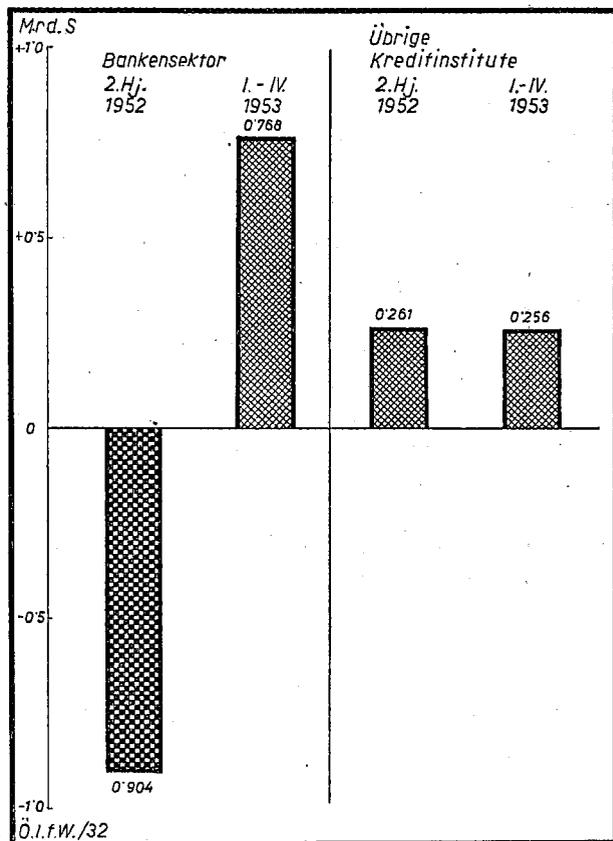
Das gesamte *Geldvolumen* stieg im April von 18.600 Mill. S auf 18.726 Mill. S (vorläufige Zahl). Von der Zunahme entfielen 89 Mill. S auf den Notenumlauf und 60 Mill. S auf die Giro Guthaben üblicher Stellen bei der Notenbank. Die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten nahmen dagegen um 32 Mill. S ab, weil übliche Stellen wegen der saisongemäß niedrigen Steuereingänge größere Beträge abgezogen haben. Die leicht steigende Tendenz des Geldvolumens hielt nach den bisher vorliegenden Ergebnissen im Mai an. Die Zunahme des Notenumlaufes um 31 Mill. S wurde zwar durch einen Rückgang der üblichen Giro Guthaben um 56 Mill. S kompensiert, andererseits läßt jedoch die Erhöhung des Devisenbestandes der Notenbank um 515 Mill. S auf eine stärkere Zunahme der Scheckeinlagen schließen.

Die Ausweitung des *Kreditvolumens* hat sich im Aprilverstarkt. Obwohl die Zwischenbankkredite um 13 Mill. S und die Erntekredite um 58 Mill. S zurückgingen, nahm das kommerzielle Kreditvolumen um 417 Mill. S zu. Von den zusätzlichen Krediten dienten 86 Mill. S der Finanzierung des Außenhandels (Exportkredite und Rohstoffkredite), der Rest floß der Binnenwirtschaft zu. Insgesamt lag das kommerzielle Kreditvolumen (ohne Vorschüsse auf Aufbaukredite) Ende April um 1.023 Mill. S höher als zu Jahresbeginn; es überschritt damit erstmals den bisherigen Höchststand von Ende Juni 1952 um 381 Mill. S.

Die starke Kreditexpansion der letzten Monate geht vorwiegend auf die dem Bankenabkommen unterliegenden Institute zurück, die ihre kommerziellen Kredite im 2. Halbjahr 1952 um 904 Mill. S eingeschränkt und sich dadurch einen größeren Spielraum für zusätzliche Kredite gesichert hatten. Ende Dezember 1952 lag ihr kommerzielles Kreditvolumen um 1.140 Mill. S und Ende Jänner sogar um 1.400 Mill. S unter dem laut Abkommen zulässigen Kreditplafond. Da außerdem ihre Liquidität größer war als die vorgeschriebenen Mindestreserven, verfügten sie zu Jahresbeginn über ein beachtliches Kreditgewahrungspotential, das sie in den letzten Monaten weitgehend ausschoften. In den ersten vier Monaten 1953 gewährten die Banken 768 Mill. S zusätzliche Kredite und näherten damit ihr kommerzielles Kreditvolumen wieder bis auf 578 Mill. S dem Kreditplafond. Im Gegensatz zu den Banken entwickelte sich das Kreditvolumen der übrigen Kreditinstitute seit Mitte 1952 ziemlich stetig. Die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Hypotheken-

anstalten haben ihre Kommerzkredite im 2. Halbjahr 1952 um 261 Mill. S und in den ersten vier Monaten 1953 um 256 Mill. S ausgeweitet.

Veränderung des kommerziellen Kreditvolumens der Banken und der übrigen Kreditinstitute seit Mitte 1952 (Normaler Maßstab; Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) in Mrd. S)



Die starken Schwankungen des kommerziellen Kreditvolumens seit Mitte 1952 gehen hauptsächlich auf die Kreditpolitik der Banken zurück. Die dem Bankenabkommen unterworfenen Institute haben ihre kommerziellen Kredite im 2. Halbjahr 1952 um 904 Mill. S eingeschränkt, in den ersten vier Monaten 1953 aber wieder um 768 Mill. S ausgeweitet. Das Kreditvolumen der übrigen Kreditinstitute (Sparkassen, Hypothekenanstalten, Kreditgenossenschaften) entwickelte sich dagegen ziemlich stetig. Sie gewährten im 2. Halbjahr 1952 261 Mill. S und in den ersten vier Monaten 1953 256 Mill. S zusätzliche Kredite.

### Kreditvolumen und Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Kreditinstitute<sup>1)</sup>

	30. Juni 1952	31. Dezember 1952	30. April 1953
Kommerzielles Kreditvolumen <sup>2)</sup> . . . . .	7.810'2	6.906'6	7.674'3
begünstigte Kredite <sup>3)</sup> . . . . .	398'3	589'7	419'9
bereinigtes Kreditvolumen . . . . .	7.411'9	6.316'9	7.254'4
Kreditplafonds laut Abkommen . . . . .	—	7.456'4	7.832'3
Unterschreitung des Plafonds . . . . .	—	1.139'5	577'9
Liquidität I in % . . . . .	12'7	19'3	15'1
Liquidität II in % . . . . .	35'1	48'0	46'4

<sup>1)</sup> Laut „Mitteilungen des Direktoriums der Osterreichischen Nationalbank“. — <sup>2)</sup> Ohne Vorschüsse auf Aufbaukredite. — <sup>3)</sup> Exportkredite und Erntefinanzierungskredite.

Eine Aufgliederung der von den Banken gewährten Kredite nach Branchen zeigt, daß im I. Quartal 1953 vorwiegend der Handel zusätzliche Kredite erhielt. Während sich die Kreditkürzungen im 2. Halbjahr 1952 annähernd zu gleichen Teilen auf Industrie und Handel verteilt hatten, stiegen die Kommerzkredite an den Handel im I. Quartal 1953 um 343 Mill. S oder 17%, die an die Industrie aber nur um 91 Mill. S oder 2%. Diese Verschiebung im Kreditvolumen geht großteils auf Saisoneinflüsse zurück. So läßt sich z. B. die starke Zunahme der Bankschulden des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten um 168'4 Mill. S im I. Quartal 1953 damit erklären, daß mit zunehmender Erschöpfung der Nahrungsmittelvorräte aus der heimischen Ernte (die deutlich im Rückgang der Erntefinanzierungskredite zum Ausdruck kommt) Nahrungsmittelimporte notwendig wurden, die vom Handel finanziert werden mußten. Zum Teil dürfte aber auch die Kreditnachfrage des Handels zugenommen haben, weil er seine vielfach stark reduzierten Lager wieder auffüllt und das Warensortiment verbessert.

*Veränderung der von den Banken an Industrie und Handel gewährten Kommerzkredite<sup>1)</sup>*  
(Zunahme + bzw. Abnahme -)

	II. Halbjahr 1952		I. Quartal 1953	
	Mill. S	%	Mill. S	%
Industrie .....	- 516'0	- 12'2	+ 90'8	+ 2'4
Handel .....	- 326'0	- 13'5	+ 343'3	+ 16'5

<sup>1)</sup> Ohne Exportförderungskredite.

Die expansive Wirkung der Kreditpolitik auf den Geldumlauf wurde durch relativ hohe Einlagen auf *Sparkonten* abgeschwächt. Der Zuwachs an Spareinlagen war zwar im April mit 135 Mill. S saisongemäß niedriger als im März, aber um 61'1 Mill. S höher als im April 1952. Außerdem wurden dem Zahlungsmittelumlauf 40 Mill. S durch Devisenabgaben der Notenbank entzogen, da sich viele Importeure bemühten, noch vor der Kursanpassung billige Devisen zu erhalten. Die Counterpartgebarung schloß dagegen im April vorübergehend mit einem geringfügigen Auszahlungsüberschuß.

Die Wertpapiernotierungen an der *Wiener Börse* zeigten von Mitte April bis Mitte Mai eine leicht steigende Tendenz. Der Kursindex für Industrieaktien stieg um 3'1% auf 387'5 (März 1938 = 100), wobei vor allem die Aktien verstaatlichter Industrien durchwegs Kursverbesserungen erzielten. Die Aktien von Elektrizitätsunternehmungen notierten Mitte Mai um 46'4% höher als zu Jahresbeginn. Auch auf dem Anlagemarkt zogen die Kurse weiter an. Der Index festverzinslicher Werte stieg von 80'3 auf 81'0

(März 1945 = 100); für 2%ige Bundsschuldverschreibungen 1947 wurden Mitte Mai 53 S je 100 S Nominale geboten, gegen 51'50 S Mitte April.

## Preise und Löhne

*Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.9*

Nach dem Rückgang im April haben sich im Mai die Preise auf den *internationalen Rohwarenmärkten* im allgemeinen stabilisiert. Die Nachfrage war zwar weiterhin sehr zurückhaltend, doch geht bei vielen Welthandelsgütern auch das Angebot zurück, da infolge der vorangegangenen starken Preissenkungen bisherige Grenzproduzenten oft nicht mehr lieferfähig sind. Vielfach dürfte daher die Elastizität des Angebotes weiteren stärkeren Baissetendenzen gewisse Widerstände entgegensetzen. Vor allem haben sich nach den teilweise sehr heftigen Preisrückgängen im April die Preise für NE-Metalle in letzter Zeit wieder etwas gefestigt. Wolle zeigt ebenfalls eine feste Tendenz. Hingegen wird von der für August festgesetzten Wiedereröffnung des freien Kupferhandels an der Londoner Metallbörse ein Rückgang des Kupferpreises erwartet.

Das inländische Preisniveau wurde durch die Kursvereinheitlichung vom 4. Mai noch wenig beeinflusst. Wohl haben sich die Einstandspreise für Importe entsprechend erhöht, zumal da, wie erwähnt, viele Weltmarktpreise gerade im Mai eine gewisse Stabilität erreicht haben; doch sind die Verteuerungen im allgemeinen noch nicht bis zu den Verbrauchern durchgedrungen. Zum Teil ist dies, wie etwa in der Textilindustrie, auf verhältnismäßig große Rohstofflager, zum Teil auf die Abwicklung früherer Lieferkontrakte zum alten Kurs zurückzuführen. Aus den gleichen Gründen ist allerdings auch bei ehemaligen Agioträgern, wie Kaffee, bisher keine Verbilligung eingetreten.

Die Einstandspreise für Importkohle haben sich infolge der Kursänderung frei österreichischer Grenze im Durchschnitt um 21% erhöht<sup>1)</sup>. Hinsichtlich der Verbraucherpreise wurde schließlich — nach langen Verhandlungen — am 10. Juni folgende Regelung getroffen: Die bisherigen Spannen, die zum Teil aus fixen, zum Teil aus prozentuellen Elementen bestanden, wurden nunmehr in ihrem bisherigen absoluten Ausmaß fixiert. Darüber hinaus hat sich der Kohlenhandel zu gewissen Ermäßigungen seiner Spannen bereit erklärt; beim Importhandel und beim Streckenhandel beträgt diese Reduktion 50 g pro t, beim

<sup>1)</sup> Nur für polnische Kohle blieb die Preiserhöhung infolge der im Handelsabkommen erzielten Ermäßigung des Dollarpreises in engeren Grenzen: der Dollarpreis für polnische Kohle wurde ab 1. Juni um 6'5% gesenkt.

Rutschenhandel 12 S je t, beim Kleinhandel 2 S je t. Die Verbraucherpreise werden dadurch nur um etwa 6 bis 7% erhöht. Für die Industrie wird die Preiserhöhung allerdings ein größeres Ausmaß annehmen. Außerdem hat sich der Kohlenhandel verpflichtet, alte Lagerbestände noch zu den bisherigen Preisen zu liefern. Zur Zeit der Abfassung dieses Berichts sind noch die alten Preise gültig. Dieser Umstand hat gewiß zur Stabilisierung des Preisniveaus ebenso beigetragen wie die in vielen Branchen noch immer unbefriedigende Absatzlage. Verschiedentlich wurden daher auch im Mai die Preise gesenkt. So hat die Glühlampenindustrie, bei gleichzeitiger Zurückziehung ihrer Kartellanmeldung, die Preise um 15 bis 20% ermäßigt; der Preis von Flachglas sank indirekt durch Aufhebung der Mehrfrachzuschläge und der Zuschläge für Papierverpackung; „Donauleum“ wurde um 20% verbilligt. Die allgemeine Stagnation des Kohlenabsatzes hat vielfach zu Preisunterbietungen und Zahlungsbegünstigungen (Ratenzahlungen) geführt. Schließlich wurden auch die Verbilligungsaktionen für Molkereiprodukte fortgesetzt. Ende Mai lief eine Schulmilchaktion an und Anfang Juni erfolgte wieder die Abgabe von verbilligter Butter sowie von verbilligtem Käse<sup>1)</sup>.

Bei einigen Produkten ist allerdings eine Verteuerung zu erwarten. So wird angenommen, daß durch die Kursangleichung die Inlandspreise der österreichischen Eisen- und Stahlprodukte steigen werden, da zum Teil ausländische Erze und Kohlen verwendet werden müssen. Allerdings hofft man, durch höhere Exporterlöse die Inlandspreise wenigstens teilweise stützen zu können. Auch in der Schuhindustrie wird von etwaigen Preiserhöhungen gesprochen, wobei auf die feste Tendenz der Häute- und Lederpreise im Ausland sowie auf die steigenden Preis für Häute im Inland verwiesen wird; allerdings wurde im Mai die Einhebung der Häuteimportabgabe eingestellt.

Im Zuge der Umschichtung in der Verwendung der staatlichen Subventionsmittel wurden anfangs Juni die Preise für einige importierte Handelsdünger ermäßigt<sup>2)</sup>, zugleich aber die Stützungsbeträge für importierte Ölkuchen und importiertes Futtergetreide reduziert bzw. nicht in vollem Umfange dem neuen Wechselkurs angepaßt, so daß sich die Preise importierter Futtermittel erhöhen. Auch die Mühlenspanne bei Brotgetreide wurde im Mai um 5 S je 100 kg herabgesetzt, um Subventionsmittel einzusparen, die

<sup>1)</sup> Siehe auch Abschnitt Ernährung.

<sup>2)</sup> So wurde z. B. — offenbar in dem Bestreben, die Verwendung von Handelsdünger rentabler zu gestalten — der Abgabepreis an den Landhandel für Superphosphat von S 76'86 auf S 54'— gesenkt.

zunehmend verstärkt für Importgetreide gebraucht werden; die Produzentenpreise für Brotgetreide und die Konsumentenpreise für Mahlprodukte und Backwaren blieben von dieser Maßnahme unberührt.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes (Stichtag 15. Mai) hat in der Berichtsperiode leicht angezogen; er stieg um 1'3% auf 760 (März 1938 = 100). Diese Steigerung wurde ausschließlich durch den Teilindex für Industriestoffe verursacht, der sich um 4'5% auf 914 erhöhte, während der Index für Nahrungs- und Genußmittel um weitere 0'9% auf 675 zurückging. Die Verteuerung der Industriestoffe dürfte aber im Index zu stark zum Ausdruck kommen, da er vorwiegend ausländische Rohstoffe enthält, die durch ihre Importeinkaufspreise, umgerechnet auf Schillingbasis, repräsentiert sind. Die im Index angeführten Preiserhöhungen entsprechen daher im wesentlichen der Veränderung der Devisenkurse und bewegen sich bei Baumwolle, Wolle, Flachs, Hanf und Jute zwischen 21'7% und 22'2%. Außerdem ist Kautschuk um 26'1% und Nickel um 15'6% sowie Kalbleder um 4'5% gestiegen. Der leichte Rückgang des Nahrungsmittelindex beruht auf weiteren Preissenkungen einzelner Fleischsorten.

Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres war der Großhandelspreisindex Mitte Mai um 10% niedriger.

Hingegen ist der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes um 0'9% auf 654 zurückgegangen und lag um 2'1% niedriger als ein Jahr vorher.

Auch der *Lebenshaltungskostenindex* des Institutes (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) ist im Berichtszeitraum geringfügig gesunken, und zwar um 0'3% auf 630'5 (April 1938 = 100). Außer geringen Preisänderungen für Nahrungsmittel — schwacher Rückgang bei Fleisch, Gemüse und Obst; leichte Erhöhung bei Eiern, Marmelade und Hülsenfrüchten — blieb der Aufwand für alle übrigen Bedarfsgruppen gegenüber dem Vormonat unverändert.

Der Lebenshaltungskostenindex ist gegenüber dem Vorjahr um 8'2% gesunken und hat seit dem 5. Preis-Lohn-Abkommen seinen niedrigsten Stand erreicht. Er war Mitte Mai 1953 nur mehr um 13'5% höher als Mitte Juni 1951, die Teilindizes für Bekleidung sowie für Reinigung und Körperpflege sind seit März 1953 sogar niedriger als in den letzten Monaten vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen.

Die *reagiblen Preise* (Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum) sind gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben.

Ebenso blieb der vom Institut errechnete Index der *Arbeiternettolöhne* in Wien unverändert.

Während der letzten Wochen haben jedoch einige Gewerkschaften weitere Verbesserungen der kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter erreicht.

So konnten im April die Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter für die Arbeiter in der Vorarlberger Naturstein- und Schotterindustrie eine Lohnerhöhung um 7%, für die Zimmerer in Oberösterreich, Steiermark und Salzburg um 8% erzielen; ebenso erreichte die Gewerkschaft der Textilarbeiter in einzelnen Bundesländern für Chemischputzer, Wäscher und Färber Lohnerhöhungen zwischen 6 und 26%; ab 1. Mai erhalten die im Kleidermachergewerbe beschäftigten Heimarbeiter einen 10%igen Zuschlag zum Lohnsatz des Betriebsarbeiters. In einzelnen Industrien, wie Elektro-, Maschinen-, Fahrzeugindustrie usw. wurde die Entfernungszulage um 16% erhöht. Eine 2%ige Erhöhung erfolgte Ende April für die Prämien der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter in Wien, Niederösterreich und Burgenland. Auch die Gewerkschaft der Privatangestellten und der Lebens- und Genußmittelarbeiter erzielten in einigen Fällen kollektivvertragliche Verbesserungen, ebenso die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, außer der bereits oben genannten Steigerung der Entfernungszulagen.

Schließlich kam es Ende Mai zu einem Beschluß über die Entnivellierung der Bezüge der öffentlichen Bediensteten: Die Ansätze des Gehaltsüberleitungsgesetzes 1946 (Grundgehalt) werden bei Grundgehältern bis zu 730 S um 50 S erhöht und sodann mit 4/4 multipliziert. Die Bezüge der Beamten mit höherem Grundgehalt (Dienstpostengruppen I–III) sollen das 4/7fache erreichen. Diese Regelung steigert die Bezüge der minderqualifizierten Beamten nur wenig, die der höherqualifizierten und dienstälteren Beamten jedoch sehr beachtlich. Dadurch wird die Spanne zwischen den nach Qualifikation und Dienstalter gestaffelten Bezügen, die sich im Zuge der früheren Nachziehmaßnahmen stark verringert hatte, wiederum vergrößert. Die gleiche Regelung gilt auch für die Pensionsparteien des Bundes. Gleichzeitig entfällt die Höchstgrenze für die Kinderbeihilfe, ebenso wird der Haushaltungszuschuß für verheiratete Beamte (derzeit S 65'–) und die Kinderzulage (derzeit S 55'–) auf je S 88'– im Monat erhöht werden. Die gesamte Aktion soll in 3 Etappen erfolgen. Die ersten drei Zehntel der Gehaltserhöhungen werden am 1. Juli 1953, weitere drei Zehntel spätestens am 1. Jänner 1955 und die restlichen vier Zehntel spätestens am 1. Dezember 1955 fällig werden.

Die infolge dieser Regelung erzielten Gehaltserhöhungen machen bei einzelnen Beamtenkategorien in der ersten Etappe bis zu 10%, in der letzten Etappe bis über 33% gegenüber den derzeitigen Bezügen aus. Eine ähnliche Regelung wurde auch für die Lehrer getroffen. Vom Städtebund wurde überdies den Gemeinden empfohlen, die Bezüge ihrer Beamten in analoger Weise zu regeln.

## Ernährung

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz, das Ende Juni ablaufen sollte, wurde auf weitere 12 Monate verlängert. Allerdings wird sich die Bewirtschaftung nur noch auf die Lenkung der Rohstoffversorgung,

Produktion und Einfuhr einiger Nahrungsmittel (Brotgetreide, Zucker, Importfette) beschränken, während der Verbrauch allgemein frei sein wird. Ab 1. Juli entfällt daher die bisherige Rationierung von Importschmalz, Kunstspeisefett und Margarine; die Lebensmittelkarten werden abgeschafft.

Mit der Freigabe des Verbrauches wird auch die Preisstützung der Rohstoffe für die Fetterzeugung aufgehoben. Da sich außerdem die Rohstoffeinfuhren durch die Kursangleichung verteuern, werden die Preise für Margarine und Kunstspeisefett nach dem 1. Juli voraussichtlich um etwa 20% steigen. Speiseöl, das schon ab Mai nicht mehr rationiert und subventioniert ist, wird sich ebenfalls um etwa 20% verteuern, zumal da der Rohstoffanteil hier sehr hoch ist<sup>1)</sup>. Dagegen sollen die Preise für Milchmargarine unverändert bleiben, da die erhöhten Rohstoffkosten in der Verarbeitungsspanne aufgefangen werden.

Diese Preiserhöhungen werden die Lebenshaltungskosten jedoch kaum nennenswert belasten, da der Verbrauch dieser Fettarten relativ gering ist. Von Jänner bis April 1953 wurden durchschnittlich 600 t Magarine, 118 t Kunstspeisefett und 829 t Speiseöl (freie und rationierte Ware zusammen) im Monat abgesetzt. Bei einer Verbraucherzahl von rund 5/4 Mill. (und einem Schwund von 2%) werden sich die monatlichen Ausgaben für diese Fettarten um durchschnittlich 67 Groschen je Person erhöhen. Legt man das Verbrauchsschema des Lebenshaltungskostenindex zugrunde, so beträgt der monatliche Mehraufwand 75 Groschen je Kopf oder 3 S für den vierköpfigen Haushalt (0'2% des Gesamtaufwandes).

Andererseits ist eine Verbilligung von Zucker vorgesehen, die den Mehraufwand für Fett zumindest teilweise ausgleichen wird. In den letzten Monaten wurden größere Mengen Rohzucker eingeführt<sup>2)</sup>. Der daraus erzeugte Weißzucker ist billiger als der inländische. Da die Produktion der letzten Kampagne bereits weitgehend aufgebraucht ist, wird man den Zuckerpreis vorübergehend (bis zur neuen Kampagne) ermäßigen können. Das Ausmaß der Verbilligung ist noch nicht bekannt. Bei einem Verbrauch von etwa 1'5 kg je Kopf und Monat (Direktabsatz<sup>3)</sup>), wurde jedoch schon eine Preisherabsetzung von 50 g je kg genügen, um die Erhöhung der Fettausgaben auszugleichen.

<sup>1)</sup> Speiseöl wird vorwiegend durch Raffination von eingeführten Rohölen hergestellt.

<sup>2)</sup> Siehe Monatsberichte Nr. 3, Jg. 1953, S. 85.

<sup>3)</sup> In den letzten Monaten wurden durchschnittlich 13.900 t Zucker an Konsumenten und verarbeitende Betriebe ausgegeben. Davon entfallen etwa 10.500 t auf den Direktabsatz an Konsumenten, der Rest auf die Verarbeitung.

Die Schweineanlieferungen nach Wien erreichten im Mai einen neuen Nachkriegsrekord. Im Wochen-durchschnitt wurden 14.891 Schweine auf den Wiener Markt gebracht, gegen 11.988 im Vormonat und 13.226 im März, dem bisherigen Höchststand. Im Mai 1952 wurden nur 10.944 Stück je Woche ange-liefert. Da auch die Zufuhren von Rindern stark stie-gen (von 1.298 auf 1.571 Stück je Woche) und die von Kälbern fast unverändert blieben, war das Ge-samtangebot an *Fleisch* im Mai um etwa 20% höher als im Vormonat und um fast 30% höher als im Mai 1952.

Dennoch scheint der Tiefpunkt der Preisent-wicklung vorläufig bereits überschritten zu sein, da die angekündigten und teilweise durchgeführten Interventionskäufe von Schweinen (vorwiegend für den Export) den Preisdruck stark vermindert haben. Die Marktpreise für Lebendvieh und die Großhan-delspreise für Fleisch gaben im Mai nur noch bei einzelnen Qualitäten geringfügig nach; meist blieben sie stabil oder zogen zum Teil sogar wieder etwas an. Im Detailverkauf waren allerdings noch keine Preis-erhöhungen zu beobachten. Die Preise für Rind- und Schweinefleisch blieben von April auf Mai fast durch-wegs unverändert, Kalbfleisch wurde teilweise sogar abermals etwas billiger.

Obwohl der Erfolg der zu Ostern durchgeführ-ten *Butter*verbilligungsaktion nicht sehr befriedigend war<sup>1)</sup>, wurde sie, um die Lagerbestände abzubauen, Anfang Juni wiederholt. Gemeinschaftsverpflegte er-hielten 25 *dkg* und alle Verbraucher 20 *dkg* Butter zu einem um 11,20 S je *kg* (31,8%) reduzierten Preis. Um den Verbrauch der wenig begehrten *Käsesorten* (Berg- und Alpkäse) anzuregen und die beträchtlichen Lagerbestände abzubauen, wurden in der Zeit vom 18. Mai bis 20. Juni je Verbraucher 20 *dkg* Berg- und Alpkäse um 32,5% billiger (16 S je *kg* gegenüber einem Normalpreis von 23,70 S) abgegeben.

Inzwischen scheint die „Schwemme“ an Molkerei-produkten etwas nachzulassen. Die Nachfrage nach *Trinkmilch* nimmt teilweise übersaisonnmäßig zu und die Ende Mai begonnene Schulmilchaktion des Milchwirtschaftsfonds verspricht ebenfalls einen guten Erfolg. Sie erstreckt sich auf alle Kindergärten, Volks-, Haupt-, Sonder- und Mittelschulen und bietet jedem Schüler die Möglichkeit pro Tag  $\frac{1}{4}$  l Flaschen-milch zum verbilligten Preis von 50 g (Normalpreis 64 g) zu beziehen. Bereits in den ersten Tagen haben sich in Wien mehr als die Hälfte der Schulkinder zum Bezug der verbilligten Milch angemeldet. Vom Milchwirtschaftsfonds wurde errechnet, daß bei einer

<sup>1)</sup> Nach endgültigen Ergebnissen brachte sie einen Mehr-konsum von 356 t.

100%igen Teilnahme der Schüler und Kindergarten-besucher an dieser Aktion 150.000 Liter Milch je Schultag zusätzlich abgesetzt werden könnten. Von der Mehranlieferung gegenüber dem Vorjahr von etwa 10.000 t monatlich würden dadurch während der Schulzeit rund 4.000 t sicher untergebracht sein. Außerdem sind durch die Kursangleichung die Ex-portchancen der überschüssigen Molkereiprodukte gestiegen. Neben Italien kommt auch Westdeutsch-land als Abnehmer in Frage.

## Land- und Forstwirtschaft

*Dazu Statistische Übersichten 3.4 bis 3.10*

In der ersten Hälfte des Monats Mai gab es in vielen Gebieten starke *Fröste*, wie schon seit Jahren keine verzeichnet wurden. Weinreben, Nuß- und Marillenbäume sowie Eschen erlitten stärkere Schä-den, aber auch widerstandsfähige Laubbäume, wie Eichen und Buchen, verfärbten sich teilweise braun. Selbst das Räuchern und Anbringen von Frostschir-men in Weingärten blieb vielfach ohne Erfolg. Man schätzt den Ausfall im Weinbau auf 25% einer Durchschnittsernte oder 200 Mill. S und im Obstbau auf 20% oder 150 Mill. S. Da auch die vorjährige Weinernte unter dem Durchschnitt lag, ist bis Herbst 1954 mit festen Weinpreisen zu rechnen.

Die *Feldfrüchte* wurden von Spätfrösten weit weniger betroffen; ausreichende Niederschläge und sommerliche Temperaturen in der zweiten Maihälfte begünstigten vielmehr ihr Wachstum außerordentlich. Futterschläge brachten einen guten ersten Schnitt, die im Gang befindliche Heuernte fällt zufrieden-stellend aus und bei Getreide erwartet man heuer die höchsten Erträge seit Kriegsende. Nur Zuckerrüben entwickelten sich bisher nicht ganz so günstig; hohe Flächenerträge wären aber gerade bei dieser Frucht um so notwendiger, als auf Grund der schlechten Ernte im Vorjahr und höherer Löhne für Saisonarbeiter die Saatflächen nach Angaben der Landwirtschaftskammern von 40.393 ha auf 36.500 ha oder um 10% verringert wurden.

Die Mengenumsätze an *Kunstdünger* im Wirt-schaftsjahr 1952/53, die sich nunmehr bereits über-blicken lassen, waren nach der Preiserhöhung im Juli 1952 – wie vom Institut schon damals vorausgesagt wurde – stark rückläufig. Die an den Handel und an landwirtschaftliche Genossenschaften aus Inlands-produktion und Importen ausgelieferten Mengen werden bei Stickstoff- und Kalidünger voraussichtlich um 20 bis 22% und bei Phosphorsäuredünger um 28 bis 30% hinter den Mengenumsätzen von 1951/52 zu-rückbleiben. Dies zeigt, daß die Landwirtschaft ins-gesamt zwar einen etwas höheren Betrag für Kunst-

dünger als im Vorjahre aufgewendet, den für Ertragssteigerungen so ausschlaggebenden Verbrauch an mineralischen Pflanzennährstoffen jedoch eingeschränkt hat.

Da die Abgabepreise für Superphosphat und Thomasmehl ab Juni um 30% und 26% gesenkt wurden, dürfte der Mineraldüngerverbrauch im kommenden Wirtschaftsjahr wieder zunehmen. Durch diese Preissenkung und durch die Verteuerung der Importe nach der Kursänderung wird der Subventionsbedarf für Mineraldünger erheblich steigen. Da aber gleichzeitig die Abgabepreise der subventionierten Futtermittel erhöht wurden — Auslandsmais und -gerste werden ab Juni um 5% und Ölkuchen um 2 bis 21% teurer abgegeben — und man künftig weniger Futtermittel importieren wird, dürfte der gesamte Subventionsaufwand für landwirtschaftliche Produktionsmittel nur geringfügig steigen.

Im April wurden 15.259 t Brotgetreide (8.473 t Roggen, 6.786 t Weizen) auf den Markt gebracht, gegen nur 1.353 t (937 t, 416 t) im April 1952. Seit Juli 1952 hat die Landwirtschaft 332.082 t Roggen und Weizen verkauft, um 93.574 t oder 39% mehr als im gleichen Zeitpunkt 1951/52. Im November 1952<sup>1)</sup> hatte das Institut geschätzt, daß im Wirtschaftsjahr 1952/53 bis zu 340.000 t Brotgetreide auf den Markt kommen werden; die tatsächliche Marktleistung wird voraussichtlich noch um 10.000 t bis 20.000 t höher sein.

Daß heuer relativ viel Brotgetreide auch noch im Frühjahr angeboten wird, dürfte auf eine verringerte Vorratshaltung in der Landwirtschaft zurückgehen. Die Lagerbestände werden abgestoßen, teils, weil man nicht erwartet, daß die Getreidepreise nach der neuen Ernte steigen werden, und teils, weil die Einnahmen für Vieh erheblich zurückgegangen sind und mehr Getreide verkauft werden muß, um den höheren Lohn- und Kunstdüngerbedarf decken zu können. Demgegenüber hielt man im letzten Frühjahr — wie übrigens auch in den Vorjahren — mit dem Angebot zurück, weil die Ablieferungsprämie (15 S je q) nur bis Ende Februar ausgeschüttet und mit höheren Getreidepreisen nach der neuen Ernte gerechnet wurde.

Ohne auf die Frage einzugehen, ob die von der Landwirtschaft geforderte Erhöhung des Erzeugerpreises für Weizen aus Budgetmitteln tragbar ist<sup>2)</sup>, soll doch darauf hingewiesen werden, daß es angesichts der fast ausreichenden Selbstversorgung mit

Roggen und des hohen Einfuhrbedarfes an Weizen durchaus vorteilhaft schiene, die Preise für Brotgetreide wiederum zu differenzieren. (Bekanntlich wurden im Jahre 1952/53 die Erzeugerpreise für Roggen und Weizen mit 240 S je q festgesetzt, wogegen in den Jahren 1951/52 und 1950/51 die Preisrelationen zwischen Roggen und Weizen 1:1'11 und 1:1'23 und im Jahre 1937 1:1'38 betragen.) Bei den derzeitigen Anbauverhältnissen wäre bei einer Senkung des Roggenpreises um beispielsweise 10 S je q eine Erhöhung des Weizenpreises um 8 S möglich, ohne daß der gesamte Subventionsaufwand stiege. In jenen Gebieten, wo Weizen gedeiht, würde vermutlich schon eine verhältnismäßig geringe Preisspanne zwischen Roggen und Weizen eine stärkere Steigerung der Weizenproduktion auslösen, da der Anbau dieser kurzstrohigen und standfesten Getreideart schon durch den wachsenden Mähbinder- und Mähdreschereinsatz zunimmt. Schließlich könnte eine Preisdifferenzierung später einmal den schrittweisen Abbau des Mühlenausgleichs und der Getreidesubventionen erleichtern.

Auf den Schlachtviehmärkten gingen die Großhandelspreise infolge reichlichen Angebotes auch noch im Mai geringfügig zurück. Seit Jahresbeginn betrug die Preiseinbuße bei Schweinen 20%, bei Rindern 15 bis 20%; gegenüber Mai 1952 waren Schweine um 30%, Rinder um 25 bis 30% billiger. Nur die Preise für Schlachtkälber tendierten in den letzten Monaten fest, der Preisrückgang gegenüber Mai 1952 war mit 15% relativ gering. Der Preisindex für Schlachtrinder lag mit 524 bis 550 (1937 = 100) durchschnittlich um 27% unter dem Preisindex für pflanzliche Produkte (737).

#### Preisentwicklung bei Schlachtvieh<sup>1)</sup>

Zeit	Fleischschweine I		Ochsen A		Kühe B	
	S je Äg	%	S je Äg	%	S je Äg	%
Ø 1937.....	1'69	100	1'45	100	1'00	100
1953 I. ...	13'50	799	8'85	610	6'85	685
II. ...	13'25	784	8'65	597	6'80	680
III. ...	12'90	763	8'15	562	6'55	655
IV. ...	10'95	648	7'85	541	5'70	570
V. ...	10'75	636	7'60	524	5'50	550

<sup>1)</sup> Nach den Marktamtsberichten der Stadt Wien; Preise jeweils Monatsmitte.

Da aus Viehverkäufen an die gewerbliche Wirtschaft — den Buchführungsergebnissen zufolge — normalerweise 30% der gesamten Einnahmen der Landwirtschaft fließen und sich die Betriebsausgaben seit Jahresbeginn nur geringfügig verringert haben, hat sich die Agrarpreisschere stärker geöffnet. So betrug nach den Berechnungen der Land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft der Index der Betriebseinnahmen im April 1953 654 (1937 = 100), der Index der Betriebsausgaben jedoch 772.

<sup>1)</sup> Siehe Monatsbericht Nr. 11, Jg. 1952, S. 312.

<sup>2)</sup> Da die Mühlenspanne kürzlich um 5 S je q Brotgetreide gesenkt wurde, hat sich der Bedarf an Subventionsmitteln für Inlandsgetreide um 17,5 Mill. S (bei 350.000 t Marktleistung) pro Jahr verringert.

## Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Bei gedrosselter Industrieproduktion blieb die Nachfrage nach Brennstoffen auch im April auf dem bisherigen niedrigen Niveau. Trotz gelichteten Lagern wurden auch in der Berichtszeit noch keine Bevorratungskäufe durchgeführt. Auch die Dampfkraftwerke, die über den Winter ihre Lager abbauten, halten mit größeren Käufen noch zurück und deckten auch im April noch einen Teil ihres Bedarfs aus Lagerbeständen. Dadurch blieb der Feinkohlenabsatz des heimischen Bergbaues schwach. Die Produktion mußte eingeschränkt werden.

Der Stromverbrauch hat im April zwar stärker zugenommen, aber nur, weil der Verbrauch in der Aluminiumhütte Ranshofen verdoppelt wurde. Alle übrigen Verbraucher, vor allem die Industrie, bezogen kaum soviel Strom wie im Vormonat oder im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Inlandsabsatz an Treibstoffen (Benzin und Dieselöl) und Heizöl blieb weit hinter dem des Vorjahres zurück. Zwei aufeinanderfolgende Preissenkungen für Heizöl (Ende Dezember und Anfang März) kompensierten die Preissteigerung vom Herbst des Vorjahres, welche die Rentabilität der Schwerölfeuerungen beeinträchtigt und einige Betriebe veranlaßt hatte, wieder auf Kohlenfeuerung überzugehen. Die Verteuerung der Auslandskohle durch die Wechselkursänderung verbessert nun neuerlich die Konkurrenzfähigkeit des Heizöls und es ist zu erwarten, daß der Absatz wieder steigen wird.

Der inländische Kohlenbergbau mußte im April die Förderung einschränken. Die arbeitstägige Förderung ging von 18.080 t im März auf 17.550 t im April zurück. Besonders einige Lignitbergbaue, die auf die Nachfrage der Dampfkraftwerke angewiesen sind, mußten ihre Erzeugung stärker reduzieren.

Die *Kohleneinfuhr* stieg gegenüber März um 7'5%, weil mehr Steinkohle aus der Ruhr und aus Polen geliefert wurde. Auch aus den USA trafen erstmals seit dem Oktober des Vorjahres wieder 10.000 t Steinkohle ein, die für die Gaswerke bestimmt sind. Die Braunkohleneinfuhr wurde auf Kosten der Bezüge aus West- und Ostdeutschland weiter eingeschränkt. Sie betrug nur mehr 64.000 t gegenüber 116.000 t zu Jahresbeginn.

Aus Inlandslieferungen und Importen standen der österreichischen Wirtschaft im April 550.700 t Kohle (SKB) zur Verfügung, das sind annähernd gleichviel wie im März und um 3'4% mehr als im April des Vorjahres, in dem die Nachfrage nach Kohle erstmals radikal zurückging.

In den Kraftwerken der öffentlichen Versorgung wurden im April 545 Mill. kWh elektrische Energie, das sind um 7'7% mehr als im April des Vorjahres, erzeugt. Wegen der geringen Wasserführung der Flüsse mußten die Dampfkraftwerke mit einer für diese Jahreszeit ungewöhnlich hohen Leistung eingesetzt werden. Während im April des Vorjahres nur 29 Mill. kWh (5'8% der Gesamterzeugung) in Dampfkraftwerken erzeugt wurden, waren es heuer 101 Mill. kWh (18'5% der Gesamterzeugung).

Erstmals seit Jahresbeginn war auch der Stromverbrauch (einschließlich sämtlicher Verluste) erheblich (um 7'4%) höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Verbrauchszunahme entfällt allerdings teilweise auf das Aluminiumwerk Ranshofen, das seit 3. April laufend ein Band von 121.000 kW bezieht.

Der Stromimport blieb mit 6 Mill. kWh unbedeutend, während der Export gegenüber dem Vormonat von 49 Mill. kWh auf 92 Mill. kWh stieg und um 4'5% größer war als im April 1952.

Ab 1. April trat ein zwischen der Verbundgesellschaft und der Bayernwerke A. G. geschlossenes Abkommen in Kraft, das einen österreichischen Stromexport in den Sommermonaten und einen fallweisen täglichen Energieaustausch vorsieht.

## Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Das Volumen der Industrieproduktion war im I. Quartal 1953 um 6'9% niedriger als ein Jahr vorher. Der Konjunkturrückschlag, der fast alle Industriezweige erfaßte, wurde in den ersten Monaten 1953 zwar wieder aufgefangen, der vielfach erwartete neue Aufschwung blieb aber bisher aus. Nur einige Industriezweige, wie z. B. Bergbau, Magnesit- und Fahrzeugindustrie, die vom Konjunkturrückschlag nicht betroffen waren, konnten die Produktion weiter ausdehnen.

Auch im April und Mai hat sich die Nachfrage nur vereinzelt stärker belebt. In den meisten Branchen blieb sie schwach oder ging sogar weiter zurück. Teilweise wird noch immer auf Lager produziert, um stärkere Produktionseinschränkungen zu vermeiden. Der Handel hält mit größeren Bestellungen vielfach zurück, obwohl er seine Lager in den letzten Monaten räumte, wodurch es aber der Industrie schwierig wird, ihre Produktionsprogramme zu rationalisieren.

Die ungünstige Ertragslage der Unternehmen hat die Investitionsneigung vermindert. Nur in den wenigen Zweigen, die überwiegend ERP-Mittel investieren, werden die vorgesehenen Programme an-

nähernd durchgeführt. Die auf eigene Mittel angewiesenen Industrien führen nur mehr unbedingt nötige Ergänzungen oder Abrundungen ihres Maschinenparks durch. Bauliche Investitionen werden kaum mehr begonnen. Deshalb ist das Volumen der Industriebauten stark gesunken. Das Schwergewicht der Bautätigkeit verlagert sich immer mehr auf den Wohnbau und vor allem den Tiefbau (Straßenarbeiten, Kabelverlegungen u. ä.).

Trotz günstiger Entwicklung des Bergbaues, der Magnesit-, der eisenschaffenden und der Fahrzeugindustrie, die im I. Quartal 1953 um 3,4, 6,8, 0,6 und 6,2% mehr produzierten als zur gleichen Zeit des Vorjahres, war die Gesamterzeugung dauerhafter Güter um 7,7% niedriger, weil die Gießereien sowie die Maschinen-, Baustoff- und Elektroindustrie ihre Produktion um 28, 10, 19 und 30% einschränkten.

Die Konsumgütererzeugung entwickelte sich annähernd saisongemäß, war aber trotzdem um 5,1% und 6,7% niedriger als im I. Quartal der Jahre 1951 und 1952.

Im März ist der Produktionsindex des Institutes dank stärkeren Produktionssteigerungen in der Magnesit-, Metallhütten-, Fahrzeug- und Baustoffindustrie um 1,1% auf 160,3% von 1937 gestiegen. Schaltet man die Saisonschwankungen aus, so ergibt sich eine Steigerung um 1,4%. Acht von den 15 im Index enthaltenen Industriezweigen konnten nicht mehr die Vorjahresproduktion, sieben selbst nicht mehr die des Jahres 1951 erreichen.

Bisher wurde die Beschäftigung in der Industrie weniger stark eingeschränkt als die Produktion. Im Durchschnitt des I. Quartals war der Beschäftigungsindex um 5,6% niedriger als vor einem Jahr und um 2,6% niedriger als im IV. Quartal 1952. Während im Vorjahre hauptsächlich die Textilindustrie ihren Beschäftigtenstand verminderte, wurde er im I. Quartal 1953 überwiegend in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie reduziert.

Da die Produktion noch etwas stärker als der Beschäftigtenstand vermindert wurde, ging der Index der industriellen Arbeitsproduktivität (Produktion pro Kopf des Beschäftigten) gegenüber dem Vorquartal um 4,4% zurück und war gleichzeitig um 1,4% niedriger als im I. Quartal 1952.

#### Rohstoffversorgung

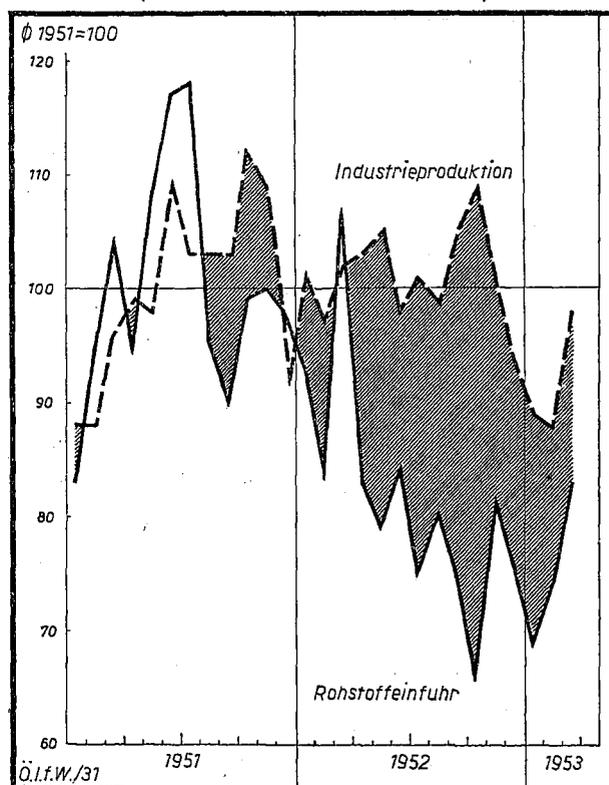
Schon vor Beginn der Konjunkturabschwächung zu Anfang des Vorjahres hatte der Import von Rohstoffen den Höhepunkt überschritten. Seit dem III. Quartal 1951 sanken rasch die gesamten Rohstoffeinfuhren. Nur vorübergehend, im März 1952, waren sie wegen größerer ERP-Lieferungen wieder etwas höher, gingen aber dann rasch weiter zurück und

stabilisierten sich erst im IV. Quartal 1952 wieder auf dem inzwischen erreichten tieferen Niveau.

Im Jahresdurchschnitt 1952 wurden um 18,2% weniger Rohstoffe (ohne Kohle) importiert als 1951, obwohl die Industrieproduktion in der gleichen Zeit noch um 1% zunahm. In den Jahren 1950 und 1951 dürften aber trotz verschiedener Klagen über ungenügende Rohstoffversorgung doch größere Vorräte angelegt worden sein, die im Laufe des Jahres 1952 zum Teil wieder abgebaut wurden. Entgegen den Erwartungen nahmen aber die Rohstoffimporte bisher noch nicht stärker zu, sondern blieben bis April 1953 auf dem niedrigen Niveau des Jahres 1952.

Da inzwischen auch das Produktionsvolumen der inländischen Industrie, zumindest soweit sie ausländische Rohstoffe verarbeitet, stärker zurückgegangen ist und außerdem strukturelle Veränderungen in der Rohstoffeinfuhr eingetreten sind (die Erdölimporte konnten dank höherer Inlandsaufbringung stark reduziert werden, für verschiedene andere Produkte wurde die Inlandserzeugung aufgenommen oder ausgeweitet), dürften die Rohstoffeinfuhren auch in Zu-

Industrieproduktion und Rohstoffimporte<sup>1)</sup>  
(Normaler Maßstab;  $\phi$  1951 = 100)



Seit dem III. Quartal 1951 gingen die gesamten Rohstoffeinfuhren stark zurück und stabilisierten sich erst wieder im IV. Quartal 1952 auf einem tieferen Niveau. Obwohl die Industrieproduktion im Jahre 1952 um 1% höher war als im Jahre 1951, wurden um 18,2% weniger Rohstoffe importiert

<sup>1)</sup> Ohne Kohle.

kunft geringer bleiben, solange sich die inländische Konjunkturlage oder die Zukunftserwartungen der Unternehmer nicht grundlegend ändern.

Die Industrie selbst meldet trotz Rückgang der Rohstoffimporte noch immer, daß sie ausreichend mit Rohmaterialien versorgt ist, wogegen sie in den Jahren 1950/51 bei weit höheren Importen und nicht viel höherer Produktion dauernd über Rohstoffmangel klagte.

Am stärksten eingeschränkt wurde die Einfuhr von Erdölprodukten (im I. Quartal 1953 gegenüber dem I. Quartal 1952) (um 61%), Kautschuk (um 53%), mineralischen Rohstoffen (um 42%), Erzen und Schrott (um 20%) sowie Häuten und Fellen (um 45%). Textilrohstoffe (Wolle, Baumwolle) wurden im I. Quartal mehr importiert als im Vorjahr, weil die seit Ende 1951 ständig verringerten Lager allmählich wieder ergänzt werden mußten.

#### *Die Entwicklung in einzelnen Industriezweigen*

Die Bergbauproduktion war im April wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen um 2,8% niedriger als im März. Auch die Erzeugung je Arbeitstag war etwas (um 1,1%) geringer.

In der eisenschaffenden Industrie hält sich die Produktion, mit Ausnahme der Edelstahlindustrie, die Exportschwierigkeiten hat, auf beachtlicher Höhe. Dank reichlichen ERP-Mitteln konnten in der letzten Zeit die laufenden Großinvestitionen weitergeführt werden. Die Bauarbeiten für das neue Blasstahlwerk der Alpine in Donawitz — das Gegenstück in Linz arbeitet bereits seit Jahresbeginn mit 50% der vorgesehenen Kapazität — sind im großen und ganzen abgeschlossen. Mit einem der beiden Konverter konnte bereits der Probetrieb aufgenommen werden. Auch an der Profilstrecke — der letzten Stufe des neuen Grobwalzwerkes — wird gebaut. Ein großer Teil der mechanischen Anlagen wurde von der amerikanischen Herstellerfirma bereits geliefert. Auch die elektrische Ausrüstung ist eingetroffen.

Bei den VÖEST in Linz arbeitet man nach der Fertigstellung der Breitbandstraße verstärkt an den Vorbereitungen zur Aufstellung des Kaltwalzwerkes.

Die Edelfstahlfirmen konnten im I. Quartal ein Edelfstahlblechwalzwerk und ein dazugehöriges Kaltwalzwerk in Betrieb nehmen, während sich die Arbeiten an dem 2. Grobgerüst und am Feingerüst (das Blockwalzwerk und das 1. Grobgerüst sind bereits fertig) verzögerten und die Anlage nicht wie vorgesehen schon im Frühjahr, sondern frühestens im Sommer arbeiten wird.

Die Aussichten auf Exporte der eisenschaffenden Industrie nach den Ländern der Montanunion (vor allem Italien und Westdeutschland) sind seit der Schaffung des gemeinsamen Marktes für Eisen und Stahl noch nicht voll überblickbar. Anfang Mai sind die Zollsätze der Montanunion-Länder für Bezüge aus Nichtmitgliedstaaten in Kraft getreten, was den Export der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie nach allen diesen Ländern benachteiligt, besonders aber den nach Deutschland, das in der letzten Zeit die Zölle für Eisen und Stahl stundete, so daß Ein-

fuhren praktisch zollfrei erfolgen konnten. Die neuen Zollsätze betragen für Deutschland 5% (Roheisen) bis 18 bis 22% (Bleche), für Italien 15% (Roheisen) bis 23 bis 35% (Bleche). Deutschland und Italien haben im Jahre 1952 ein Viertel des österreichischen Eisen- und Stahl-Exportes im Werte von 1,9 Mrd. S aufgenommen. Der deutsche Markt ist zwar wegen des großen Nachholbedarfes noch immer sehr aufnahmefähig, doch ist es fraglich, ob die österreichischen Werke, durch die angeführten Zollsätze belastet, mit den Überschußländern der Montanunion konkurrieren können. Seit Anfang Mai konnten jedenfalls noch keine neuen Aufträge aus dem Montanblock gebucht werden. Allerdings wurden die gestellten Offerte auch noch nicht abgelehnt und man wartet offenbar zu, ob Österreich die angestrebten Sonderbegünstigungen von der Hohen Behörde erhält.

Andererseits hat die Kursangleichung die Chancen des Exports nach Ländern außerhalb der Montanunion, in erster Linie England, erheblich gebessert. (England nahm im Jahre 1952 über 40% [338 Mill. S] des österreichischen Roheisenexportes von 780 Mill. S auf.)

Auf dem Inlandsmarkt hat sich die Versorgungslage weiter entspannt. Im März waren die Bestelleingänge, ausgenommen Band- und Formeisen, durchwegs erheblich geringer als die laufenden Auslieferungen. Auf dem Blechsektor geht die Nachfrage nach Grob- und Mittelblechen seit Monaten zurück und auch der Feinblechbedarf kann, seit die Breitbandstraße wenigstens teilweise ihre Kapazität ausnutzt, leicht befriedigt werden. Außerdem steht seit einiger Zeit auch Feinblech aus der Schmidhütte Krems für den Inlandsmarkt zur Verfügung.

Da sich in den letzten Monaten Auftragsstorni häufen, will man die seinerzeit aufgehobene Stornogebühr (20% des Bestellwertes) wieder einführen. Vorläufig dürfte es allerdings kaum dazu kommen.

Der gesamte Auftragsbestand von Inlandskunden war Anfang April um 19.000 t niedriger als ein Monat vorher und mit 275.000 t um 28.000 t niedriger als Anfang April 1952. Der Rückgang der Auftragsbestände im Berichtsmonat war überwiegend auf Storni alter Aufträge (fast 15.000 t) zurückzuführen. Die Lieferungen an Inlandskunden überschritten den laufenden Auftragseingang um 4.400 t.

Der Auftragsbestand im Export ist in der gleichen Zeit trotz einem Überschuß der Auftragseingänge gegenüber den laufenden Lieferungen von fast 22.000 t nur von 70.000 t auf 76.000 t gestiegen, weil größere Aufträge auf Grobbleche storniert wurden. Die Aufträge auf Feinbleche haben sich nur geringfügig erhöht und sind angesichts der Kapazität der Breitbandstraße für eine großzügigere Produktionsplanung unzureichend.

Der Index der Metallhütten ist im März um 2,2% gestiegen. Die Erzeugungssteigerung betraf alle Sparten. Während aber die Blei- und Kupferproduktion um 18% und 11% höher war als im März 1952, blieb die Aluminiumerzeugung, trotz ausreichender Stromversorgung, um 12% zurück. Anfang Juni wurde die Kupferelektrolyse in Brixlegg in Betrieb genommen. Durch diese Anlage wird die Jahreserzeugung auf rund 10.000 t Kupfer erhöht werden können. Kupferkonzentrate, die bisher zur Verhüttung nach Deutschland geliefert werden mußten, können nun im Inlande verarbeitet werden.

Auch die Zinkhütte, die bei der Bleibërger Bergwerksunion gebaut wird, dürfte bald fertig werden und einen Erzeugungsengpaß schließen.

Die Halbzeugindustrie, besonders das neue und moderne, mit ERP-Mitteln errichtete Leichtmetallwalzwerk in Ranshofen, kämpft im Export schwer gegen die kanadische und japanische Konkurrenz, deren Rohaluminiumpreise um 20% unter den europäischen liegen. Bisher ist es aber gelungen, Exporteinschränkungen zu vermeiden.

Die Nachfrage nach Kupfer und Blei hat sich in der letzten Zeit etwas erholt, weil offenbar manche Verbraucher ihre Lager auffüllen.

Die Erzeugung von Zinkblechen, die schon vor einigen Monaten eingestellt wurde, konnte mangels ausreichender Aufträge noch nicht aufgenommen werden. Einlaufende Bestellungen werden aus den großen Lagerbeständen befriedigt.

Der Index der *Gießereiindustrie* ist im März zwar um 2,5%, arbeitstägig berechnet sogar um 3,0% gestiegen, war aber im Durchschnitt des I. Quartales 1953 um 28% und 11% niedriger als in den entsprechenden Quartalen der Jahre 1952 und 1951. Der seit langem anhaltende Rückgang betrifft alle Sparten. Im einzelnen wurden im I. Quartal um 25% weniger Grauguß, um 33% weniger Stahlguß, 41% weniger Temper-, 10% weniger Leicht- und 30% weniger Schwermetallguß erzeugt als im I. Quartal 1952.

Die unzureichende Kapazitätsausnutzung der Betriebe hat die Konkurrenz verschärft und stellenweise heftige Preiskämpfe ausgelöst.

Das zum Teil mit ERP-Mitteln aufgebaute Gießereiforschungsinstitut in Leoben wird jetzt mit den notwendigen Einrichtungen versehen und hat die Beratung der Betriebe bereits aufgenommen.

Die *Fahrzeugindustrie* ist trotz gewisser Schwächetendenzen in der Lastkraftwagen-, Autobus- und Fahrrädererzeugung noch immer der am besten beschäftigte Industriezweig. Die Traktorenproduktion steigt ununterbrochen, ebenso die von Motorrädern. Das Personenkraftwagen-Assembling ist nach dem Rückgang in den ersten beiden Monaten wieder gestiegen. Im Durchschnitt des I. Quartales war der Index der Fahrzeugindustrie um 6,2% höher als ein Jahr vorher. Es wurden um 42% mehr Motorräder, 34% mehr Traktoren, fast gleichviel Personenkraftwagen (Assembling) und Autobusse, aber um 29% weniger Lastkraftwagen und um 14% weniger Fahrräder erzeugt.

Die Exporte der Fahrzeugindustrie haben sich von dem Rückschlag im letzten Quartal 1952 wieder erholt, ohne allerdings das frühere Niveau zu erreichen.

In der *Maschinenindustrie* wirkt sich die schwächere Investitionstätigkeit immer stärker aus. Im März ging die Gesamtproduktion um 7,3% (pro Arbeitstag gerechnet um 6,8%) zurück. Im Quartalsdurchschnitt war sie um 10% geringer als im I. und IV. Quartal 1952. Auch die Exporte, besonders von Pumpen, Werkzeugmaschinen, Drehbänken, Holzbearbeitungsmaschinen u. a., waren geringer als im Durchschnitt des Vorjahres. Die Auftragseingänge aus dem In- und Auslande bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.

Das Schwergewicht der ERP-Investitionen in der *Eisenwaren- und Metallwarenindustrie* wurde in der letzten Zeit auf Betriebe zur Weiterverarbeitung von Feinblechen gelegt, um den inländischen Verbrauch auszuweiten und

der neuen Breitbandstraße in Linz einen größeren Inlandsmarkt zu schaffen. Nennenswerte blechverbrauchende Industrien können aber mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kaum errichtet werden. Eine Verlagerung des Investitionsschwergewichtes ist daher nur mehr in sehr engen Grenzen möglich.

Auch in den meisten Branchen der Eisenwaren- und Metallwarenindustrie hat sich die Nachfrage bisher noch nicht sehr belebt. In saisonabhängigen Zweigen blieb sie hinter den Erwartungen zurück. Das I. Quartal hat zwar einen saisonbedingt schwachen Geschäftsgang, doch ging die Absatzschrumpfung heuer fast durchwegs über das normale Maß hinaus. Größere Aufträge, die zumindest gegen Ende des Quartals hätten eintreffen sollen, blieben fast durchwegs aus. Es mußte die Erzeugung eingeschränkt und zu Kurzarbeit übergegangen werden; teilweise wurden auch Arbeiter entlassen. Viele Betriebe halten aber trotz sinkender Nachfrage ihren Beschäftigtenstand aufrecht und arbeiten vorläufig auf Lager.

In den von der Bautätigkeit abhängenden Zweigen der Eisenwaren- und Metallwarenindustrie begann die Saison später und viel schwächer als in früheren Jahren. Der sonst beobachtete Stoßbedarf blieb heuer aus. Versuche, das geringere Inlandsgeschäft durch Exporte wettzumachen, scheitern zumeist an den selbst nach der Kursangleichung noch allzu hohen Preisen.

Die größten Produktionsrückschläge gegenüber dem I. Quartal 1952 traten bei Blechwaren (um 24%), Kurzwaren (um 30%), Beleuchtungskörpern (um 84%), Drahtwaren (um 16%), Sägen (um 40%) und Sportartikeln (um 46%) ein.

Der Produktionsindex der *Elektroindustrie* blieb im März praktisch unverändert, war aber im Durchschnitt des I. Quartals 1953 um 30% niedriger als im Vorjahr und um 16% niedriger als im IV. Quartal 1952.

Während die Konjunkturabschwächung die Schwerkraftindustrie bisher nur wenig betroffen hat, wurden die übrigen Sparten um so stärker in Mitleidenschaft gezogen. Die Motorenerzeugung, die im I. Quartal 1952 einen Rekordstand (22.700 Stück) erreichte, ging seither rasch zurück und betrug im IV. Quartal 1952 nur mehr 14.600 Stück und im I. Quartal 1953 sogar nur mehr 12.000 Stück, wobei die Erzeugung größerer Motoren (über 10 kW Leistung) fast unverändert blieb (877 und 846 im I. Quartal 1952 und 1953), während die Erzeugung kleinerer Motoren, die hauptsächlich von Landwirtschaft und Gewerbe (teilweise auch von der Industrie zum Einbau in Maschinen) gekauft werden, noch stärker (von 21.800 auf 11.200) zurückging.

Ähnlich ungünstig entwickelte sich die Produktion in der Kabelindustrie, die zwar gegenüber dem Vorquartal saisonbedingt um 12% mehr erzeugte, aber um 32% hinter der Produktion des I. Quartals 1952 zurückblieb.

Die *Radioindustrie* erlitt im Frühjahr einen stärkeren Rückschlag, der über das saisonübliche Ausmaß hinausging. Der Ausstoß erreichte nur 59% und 71% des IV. und I. Quartals 1952.

Produktionssteigerungen gegenüber dem Vorquartal und dem I. Quartal 1952 waren nur in der Drahtindustrie, der Akkumulatoren- und Transformatorenerzeugung möglich.

Der Index der *Baustoffindustrie* ist im März saisonbedingt um 56% gestiegen, war aber noch immer um

6,2% niedriger als im März 1952 und im Durchschnitt des I. Quartals um 19% niedriger als im gleichen Vorjahresquartal. Stärker gestiegen ist im März die Zementherzeugung (um 140%), weil sich die Nachfrage in diesem Monat stoßweise besserte, sowie die Kalk- und die Gipsherzeugung (um 143% und 21%). In fast allen Sparten der Baustoffindustrie wurde aber im I. Quartal weniger erzeugt als im Vorjahr, und zwar bei Zement um 21%, Faserzementdachplatten um 13%, Gips um 17% und Heraklith um 21%. Auch die Ziegelindustrie, die allerdings im I. Quartal nur in wenigen durchlaufenden Betrieben erzeugte, blieb bei Mauerziegeln um 29% und bei Dachziegeln um 54% hinter dem Quartalsergebnis des Vorjahres zurück.

In den Zentren der öffentlichen Bautätigkeit hat sich die Absatzlage inzwischen gebessert. Wo aber der Absatz auf private Bauaufträge angewiesen ist, bleibt die Nachfrage beträchtlich hinter der des Vorjahres zurück.

Die Sägeindustrie ist aus den Schlägerungen des Jahres 1952 ausreichend mit Rohholz versorgt. Trotz der Bausaison blieb aber die inländische Nachfrage nach Schnittholz nur gering und zwang die Betriebe, teilweise auf Lager zu arbeiten oder die Produktion zu vermindern. Auch die Exportnachfrage war bis zur Wechselkursänderung rückläufig.

In der holzverarbeitenden Industrie hat sich noch keine einheitliche Tendenz durchgesetzt. Die Holzhausindustrie stagnierte, da Exportmöglichkeiten fehlten und auch der Inlandsabsatz nur gering war. Trotz sinkender Preise hat sich die Nachfrage noch nicht belebt und die Industrie mußte Arbeiter entlassen. Auch die Möbelindustrie ist unzureichend beschäftigt, muß Entlassungen vornehmen oder Lagerbestände anhäufen. Dagegen ist die Lage in der Sperrholz-, Paneelplatten- und Furnierindustrie erheblich besser, da die Nachfrage dort noch nicht stärker zurückgegangen ist. Allerdings erwartet man auch hier keine kräftigere Saisonbelebung in den Sommermonaten mehr.

In der chemischen Industrie hat sich die Produktion allmählich wieder stabilisiert. Der Rückschlag hatte hier bereits im Jahre 1951 eingesetzt und sich bis zum Herbst 1952 fortgesetzt. Inzwischen hat sich die Erzeugung auf dem tieferen Niveau gehalten und z. T. sogar etwas erholt. Im Durchschnitt des I. Quartals 1953 war der Index der chemischen Industrie um 3,9% und 0,6% höher als im III. und IV. Quartal 1952, aber um 7,2% und 16,2% niedriger als im I. Quartal 1951 und 1952. Die stärksten Produktionsrückschläge gegenüber dem I. Quartal 1952 (1951) erlitten die Zündholzindustrie um 80% (87%), die Kautschukindustrie um 23% (12%) und die Soda- und Ätznatronherzeugung um 17% und 21% (33% und 9%). Dagegen konnte die Seifen- und Waschmittelindustrie um 42% mehr erzeugen und ihren Absatz wieder normalisieren. Untersaisonmäßig blieb die Produktionsbelebung auch in der Lackindustrie wegen der geringeren Bautätigkeit.

Die Papierindustrie konnte im März und April die Produktion der entsprechenden Vorjahresmonate um 6,2% und 4,2% überbieten. Die Auslandsnachfrage hat sich, allerdings zu sehr gedrückten Preisen, etwas stabilisiert und Produktionssteigerungen ermöglicht. Die volle Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten ist allerdings noch bei weitem nicht möglich.

In der *papierverarbeitenden* Industrie war die Nachfrage im I. Quartal saisonbedingt gering. Die Erzeugung mußte z. T. eingeschränkt und auf Lager gelegt werden. Die Verlagsbuchbindereien waren verhältnismäßig gut beschäftigt, weil der Buchexport zugenommen hat.

Der Index der *Leder- und Schuhindustrie* ist im März um 7,1% (arbeitstägig berechnet um 7,8%) gestiegen und hat damit den Stand der gleichen Monate 1951 und 1952 um 15% und 26% überschritten. Vor allem die Schuherzeugung erreichte mit 542.000 Paar Lederschuhen einen neuen Nachkriegsrekord. Trotz der geringen Erzeugung im Monat Jänner war die Gesamterzeugung im I. Quartal mit 1,3 Mill. Paar Lederschuhen um 13% größer als im I. Quartal 1952.

Die Lederherzeugung entwickelte sich nicht so günstig. Zwar wurden um 4% mehr Oberleder, aber um 8% weniger Unterleder produziert.

Die übrigen lederverarbeitenden Zweige hatten im I. Quartal ein übersaisonmäßig schwaches Geschäft. Erst im März und April besserte sich der Absatz in der Lederwaren- und Kofferindustrie annähernd saisongemäß, während er in der Ledertreibriemen- und technischen Lederartikelindustrie unverändert schwach blieb. Auf diesem Sektor wirkten sich die Importe billiger Kunststoffriemen aus Deutschland ungünstig auf die Absatzlage der heimischen Industrie aus.

In der *Textilindustrie* ist noch keine stärkere Belebung der Nachfrage festzustellen. Die Umsatzsteigerung im IV. Quartal 1952 war überwiegend größeren Exporten zu danken. Das Exportvolumen der Textilindustrie stieg gegenüber dem III. Quartal 1952 um fast 100% und war sogar größer als Anfang 1951, bevor die Exportschrumpfung einsetzte. Die Steigerung war allerdings überwiegend auf höhere Garnexporte zurückzuführen, während der Gewebeeexport zwar ebenfalls stieg, aber den früheren Höchststand bei weitem nicht mehr erreichte.

Der Inlandsabsatz der Textilindustrie nahm im IV. Quartal 1952 ebenfalls zu, blieb aber um 10% hinter dem vom IV. Quartal 1951 zurück. Der Gesamtabsatz der Textilindustrie (Inlandsabsatz und Export) war geringfügig höher als im IV. Quartal 1951, während die Produktion um 18,6% zurückblieb. Die Industrie hat demnach im IV. Quartal den Abbau der Lager verstärkt fortgesetzt. Gleichzeitig waren die Umsätze des Textileinzelhandels nur um 6% niedriger. Da die Textilimporte erheblich geringer waren als ein Jahr vorher (um 34%), hat auch der Handel seine Lager bis Jahresende weiter vermindert.

Trotz verstärktem Lagerabbau in allen Verteilungsstufen hat sich die Produktion, abgesehen von exportbedingten Sonderkonjunkturen für Zellwollerzeugnisse, im I. Quartal 1953 nicht sehr belebt. Der Handel hielt trotz beginnender Frühjahrssaison und gelichteten Lagern mit größeren Bestellungen zurück und auch die Industrie operierte vorsichtig, um ein neuerliches Wachsen der Lager zu verhindern.

Im Durchschnitt des I. Quartals war die Textilproduktion um 1,6% höher als im IV., aber um 15% niedriger als im I. Quartal 1952. Gesteigert wurde vor allem die Erzeugung von Zellwollgarnen (Baumwolltype), sowie von Hanf-, Leinen- und Jutegarnen, während die Gewebeproduktion gegenüber dem Vorquartal nur geringfügig erhöht, teilweise sogar vermindert wurde.

Die Zellwolleproduktion war im I. Quartal 1953 mit 6.651 t wieder um 18% geringer als im letzten Quartal des Vorjahres und um 38% geringer als im I. Quartal 1952. Der Inlandsverbrauch von Zellwolle ist zwar gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1952 von 1.400 auf 1.600 t gestiegen, weil die Garnindustrie mit Hilfe von Kopplungsgeschäften günstige Exportmärkte fand, dafür ist aber der direkte Export von Zellwolle weiter gesunken, so daß die Zellwollindustrie nur mit knapp zwei Dritteln ihrer Kapazität ausgenutzt ist.

Der Index der Nahrungs- und Genußmittelindustrie stieg im März, dank höherer Biererzeugung, um 5,7% auf 123,9% von 1937. Im Quartalsdurchschnitt war die Erzeugung um 3,5% höher als im I. Quartal 1952.

Die Tabakwerke haben im April die Erzeugung stark gesteigert und den Rückschlag der letzten Monate aufgeholt. Besonders die Zigarettenherstellung hat stark zugenommen.

## Umsätze

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Da die Einkäufe für das frühe Osterfest in diesem Jahr vorwiegend schon im März getätigt wurden, hat sich der Geschäftsgang des Einzelhandels im April nur wenig belebt. Die Umsätze nahmen insgesamt um 3% zu, während sie im April des Vorjahres um 10% gestiegen waren. Trotz der relativ schwachen Belegung kann die Umsatzentwicklung als günstig bezeichnet werden. In Jahren, in denen das Osterfest in den März oder Anfang April fällt, nehmen nämlich die Einzelhandelsumsätze im April meist sogar etwas ab<sup>1)</sup>. Außerdem war der mengenmäßige Absatz trotz der zeitlichen Verschiebung des Ostergeschäftes etwa gleich hoch wie im April 1952 und lag um 11% über den Ergebnissen von 1950 und 1951. Faßt man, um diese Verschiebungen auszuschalten, die Monate März und April zusammen, so wird die steigende Tendenz der Mengenumsätze noch deutlicher. Das Umsatzvolumen war in diesen beiden Monaten um 9%, 6% und 4% höher als in der gleichen Zeit der Jahre 1950 bis 1952. Allerdings ist dieser Zuwachs zum Teil dem erweiterten Ratengeschäft zuzuschreiben. Insbesondere in den großen Wiener Warenhäusern haben die Kreditumsätze seit dem Vorjahr stark zugenommen.

### Mengenumsätze des Einzelhandels<sup>1)</sup>

Monat	1950	1951	1952	1953	1953 in % von		
					1950	1951	1952
März	115'0	122'9	115'3	123'5	107'4	100'5	107'1
April	116'3	115'8	128'1	128'7	110'7	111'1	100'5
Ø III. — IV.	115'7	119'4	121'7	126'1	109'0	105'6	103'6

<sup>1)</sup> Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Instituts (mit einigen Adaptierungen).

Obwohl sich die Nachfrage der Konsumenten allmählich bessert, sind die Auftragseingänge bei der

<sup>1)</sup> So gingen z. B. im Jahre 1951 (Ostern 25. und 26. März) die Einzelhandelsumsätze von März auf April um 6% zurück.

Konsumgüterindustrie und dem Großhandel nach wie vor schwach. Da der Einzelhandel immer noch relativ hohe Lagerbestände hat, bestellt er meist nur für den laufenden Bedarf. Diese kurzfristigen Dispositionen des Handels zwingen die Industrie, mehr als früher auf Lager zu produzieren.

Die Geschäftsentwicklung war in den einzelnen Betriebsformen und Branchen sehr unterschiedlich. Während die Umsätze im Facheinzelhandel um 4% und in den Konsumgenossenschaften um 5% stiegen, gingen sie in den Warenhäusern, die im März ein überdurchschnittlich gutes Geschäft hatten, um 3% zurück. Auch der Rückgang der Wertumsätze gegenüber dem Vorjahr war in den Warenhäusern diesmal stärker (-4%) als im Fachhandel und den Konsumgenossenschaften (-2%). Das dürfte allerdings zum Teil darauf beruhen, daß die Warenhäuser die Preise stärker ermäßigt haben als der Fachhandel.

Von den erfaßten Branchen hatte auch im April der *Schuhhandel* die stärkste Geschäftsbelegung. Die Umsätze nahmen um 27% zu, der mengenmäßige Absatz des Vorjahres wurde allerdings nicht ganz erreicht. Da vielfach leichte Schuhe gekauft wurden, dürfte bereits ein Teil des Sommergeschäftes vorweggenommen worden sein. Dagegen hat sich die Nachfrage nach *Textilien* gegenüber dem Vormonat im ganzen nicht verändert. In den Warenhäusern nahmen die Textilumsätze um 3% ab, während sie im Fachhandel um 1% zunahmen. Dennoch wurden die Mengenumsätze von April 1952 knapp erreicht. Die Umsätze von Textilien und Schuhen folgen in letzter Zeit meist nicht dem aus der Vorkriegszeit bekannten Saisonablauf, sondern sind sehr stark wetterempfindlich geworden. Der Absatz hängt weniger vom Beginn einer neuen Saison als von den Witterungsverhältnissen ab. Dadurch entstehen oft kurzfristige Umsatzschwankungen und die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren wird gestört.

Die Käufe von *Möbeln*, *Teppichen* und *Gardinen* haben im April um 2% abgenommen; *Hausratartikel*, *Glas* und *Porzellan* wurden dagegen um 3% mehr abgesetzt als im Vormonat. Das Umsatzvolumen von April 1952 wurde in beiden Gruppen nicht ganz erreicht.

Da die Ostereinkäufe von *Lebensmitteln* zum Großteil im April getätigt wurden, nahmen die Umsätze um 2% zu und waren mengenmäßig um etwa 4% höher als im April 1952. Der Absatz von *Tabakwaren* stieg um 6% und war etwa gleich hoch wie im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Von den unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten minderwertigen Waren nahm nur der Umsatz von Parfümerie- und Drogeriewaren (+2%) und Leder-

waren (+ 3%) geringfügig zu. Bei allen anderen Warengruppen nahmen die Käufe ab. Das Umsatzvolumen von April 1952 wurde im ganzen nicht erreicht.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* haben im April um 16% auf 3626 Mill. S (einschließlich Bundeszuschlag) zugenommen und waren um 4% höher als im April 1952. Diese Entwicklung entsprach weitgehend dem Verlauf der Einzelhandelsumsätze im März (der Index der Einzelhandelsumsätze stieg im März um 12% und lag um 4% über dem Stand von März 1952).

An *Verbrauchssteuern* gingen im April 1321 Mill. S ein, gegenüber 1370 Mill. S im Vormonat (- 4%) und 1393 Mill. S im April 1952. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat entfällt vor allem auf die Mineralölsteuer (einschl. Bundeszuschlag - 21%), Zucker- (- 27%) und Leuchtmittelsteuer (- 35%). Dagegen sind die Eingänge an Tabak- (+ 3%), Wein- (einschließlich Verbrauchsabgabe + 19%) und Salzsteuer (+ 47%) gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr haben vor allem die Erträge an Tabaksteuer (wegen Verminderung der Sätze) und an Mineralölsteuer abgenommen.

## Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die *Beschäftigung* stieg im April um 58.700 (3,2%) und im Mai um weitere 27.600 (1,4%) auf 1.937.600 Personen. Die Zunahme im April war, wie schon im März, größer als in den beiden letzten Jahren (+ 49.500 = 2,6% im April 1952, + 51.500 = 2,7% im April 1951); im Mai dagegen war sie etwas schwächer (+ 31.600 = 1,6% im Mai 1952, + 26.600 = 1,4% im Mai 1951). Die frühzeitige Abschwächung der Beschäftigungszunahme läßt vermuten, daß die Steigerung der Beschäftigung saisonaler Natur war, wobei sich die Saisonbelegung - sie setzte heuer schon im Februar ein - etwas vorverlagerte. Ende Mai lag die Beschäftigung um 38.300 (fast 2%) unter der des Vorjahres.

In der *Land- und Forstwirtschaft* nahm die Beschäftigung trotz der günstigen Entwicklung im März auch im April besonders stark, um 13.900 (7,2%) auf 207.700, zu und war damit um 600 Personen höher als im Vorjahr. Seit der akute Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft aufgehört hat, weil sie sich zunehmend mechanisiert und die Arbeitskräfte es immer schwieriger finden, in die gewerbliche Wirtschaft abzuwandern, scheint es auch in der Land- und Forstwirtschaft zu stärkeren saisonalen Beschäftigungsschwankungen zu kommen.

Die Zahl der in der Gruppe *Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel* Beschäftigten stieg im April um 45.000 (3,2%) auf 1.438.200. Im April 1952, als der Saisonanstieg durch die Absatzstockung bei Konsumgütern gedämpft war, betrug die Zunahme nur 32.400 (2,3%). Bei den Bundes- und Gemeindeangestellten sowie den Angestellten der Bundesbahnen nahm die Beschäftigung geringfügig (um insgesamt etwa 900 Personen) ab.

Die *Arbeitslosigkeit* sank annähernd im Ausmaß der Beschäftigungssteigerung. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden fiel im April um 50.700 (22,2%) auf 177.300 und im Mai um weitere 20.600 (11,6%) auf 156.700. Während die Erhöhung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr von Ende Dezember bis Ende April ständig abgebaut werden konnte (von 96.900 auf 30.000), ist sie im Mai wieder etwas gestiegen (um 2.300 auf 32.200). Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug Ende Mai noch immer 7,5% (Mai 1952 5,9%).

Die Arbeitslosigkeit ging im Mai vor allem in den östlichen Bundesländern nur zögernd zurück, da hier die Bausaison schon in den Vormonaten gut angelaufen war. Ende April war in Wien, Niederösterreich und Burgenland die Zahl der arbeitslosen Bau- und Bauhilfsarbeiter bereits geringer gewesen als vor einem Jahr. Ende Mai überschritt sie hingegen wieder den Vorjahresstand. Der Anteil der Bau- und Bauhilfsarbeiter am Rückgang der Arbeitslosigkeit betrug in Österreich insgesamt 50% (10.300), im Vorjahr aber 61% (13.900 Personen). Trotz der Schwierigkeiten in der Metallindustrie - im April stieg die Kurzarbeit in diesem Wirtschaftszweig von 3.646 auf 5.877 - war die Abnahme der arbeitslosen Metallarbeiter im Mai heuer viel höher als im Vorjahr, da sich damals die schlechte Beschäftigung in den Konsumgüterindustrien auf den Arbeitsmarkt auswirkte<sup>4)</sup>. Die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter nahm in Wien leicht zu, in allen anderen Bundesländern aber ab. Die Arbeitslosigkeit der Textilarbeiter blieb gegenüber April unverändert, doch war auch hier die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. In Wien, Steiermark, Oberösterreich und Kärnten nahm die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiter zu.

Die geringere Aktivität im Baugewerbe, die Schwierigkeiten in der Eisen- und Metallindustrie und die ziemlich stabile Lage in den Konsumgüterindustrien führten in den westlichen Bundesländern im Laufe des Winters zu einer relativ größeren Steige-

<sup>4)</sup> Im Mai ging die Zahl der in Kurzarbeit stehenden Metallarbeiter auf 4.468 zurück.

rung der Arbeitslosigkeit und im Frühjahr zu einem relativ langsameren Sinken. Es hat sich daher die regionale Struktur der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr etwas geändert. Während Ende Mai die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Österreich um fast 26% über der des Vorjahres lag, betrug der Zuwachs in Wien nur 11%, in Niederösterreich 17% und selbst im Burgenland wurde der Durchschnitt der Steigerung mit 23% nicht ganz erreicht. In Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Tirol erreichte die Erhöhung dagegen rund 50%, in Kärnten sogar 92%. Nur Vorarlberg mit einer Zunahme von bloß 2,5% (28 Personen) blieb scheinbar von der allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage unberührt, doch ist dies darauf zurückzuführen, daß es sich hier um ein Zuzugsgebiet für Arbeitskräfte aus anderen Bundesländern handelt und eine Verschlechterung der Beschäftigung daher nicht zu einer Steigerung der Arbeitslosenzahl in Vorarlberg selbst führen muß. Von der Steigerung der Gesamtarbeitslosigkeit um 32.400 Personen entfallen fast zwei Drittel (63,3%) auf die westlichen Bundesländer, obwohl sich hier nur ungefähr die Hälfte der unselbständig Beschäftigten befindet<sup>1)</sup>.

#### Vorgemerkte Stellensuchende nach Bundesländern

	Mai 1952	Mai 1953 Personen	Zunahme %
Wien .....	59.040	65.687	6,647 11'25
Niederösterreich .....	23.014	26.940	3.926 17'06
Steiermark .....	13.621	20.470	6.849 50'28
Kärnten .....	4.157	7.971	3.814 91'75
Oberösterreich .....	12.305	19.066	6.761 54'95
Salzburg .....	2.148	3.150	1.002 46'65
Tirol .....	3.746	5.772	2.026 54'08
Vorarlberg .....	1.120	1.148	28 2'50
Burgenland .....	5.317	6.544	1.227 23'08
Österreich insgesamt .....	124.468	156.748	32.280 25'93

Obwohl die Zahl der unterstützten Arbeitslosen von 96.900 Ende Mai 1952 auf 123.500 Ende Mai 1953 zugenommen hat, blieb die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld fast gleich (57.600 gegen 59.600).

#### Der Verbleib der Schulentlassenen

Zu Schulschluß 1953 werden schätzungsweise 115.000 bis 125.000 Jugendliche aus den Schulen austreten, d. s. um etwa 35.000 oder rund 40% mehr als im Vorjahr.

Das Ende April gebildete Ministerkomitee zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat sich bereits für zwei grundlegende Maßnahmen von großer Tragweite entschieden: Ein Pflichteinstellungsgesetz

<sup>1)</sup> Nach Bundesländern aufgegliederte Beschäftigungszahlen (Tabelle 7.4 im Anhang) werden nunmehr erst in dreimonatlichen Abständen verfügbar sein.

und ein teilweise obligates 9. Schuljahr. Andere Maßnahmen werden noch erwogen. Das Finanzministerium wurde ersucht, die voraussichtlichen Kosten einer Prämierung (d. h. Subventionierung) der Lehrlingshaltung zu berechnen.

Im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex ist die *Jahresstatistik der Berufsberatung*, die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung veröffentlicht wird, von Interesse, denn sie gibt ein gewisses, wenn auch nicht vollständiges Bild darüber, welchen Tätigkeiten sich die Schulentlassenen nach ihrem Austritt aus der Schule bisher zugewendet haben. Die Verteilung der Schulentlassenen nach ihrem Verbleib war in den letzten Jahren bemerkenswert konstant. Da es sich jedoch bisher um schwache Geburtenjahrgänge handelte und die oben erwähnten Maßnahmen wohl zu starken Verschiebungen führen werden, kann aus den alten Statistiken nur sehr bedingt auf die künftige Entwicklung geschlossen werden. Im Jahre 1952 erhielten etwa 25% der Schulabgänger einen Lehrplatz. Weitere 7% blieben bis Jahresende als Lehrstellenbewerber vorgemerkt, etwas über 8% versuchten, als Hilfsarbeiter unterzukommen; ihre Fälle wurden daher an die Arbeitsvermittlung abgegeben. Fast 30% blieben zunächst als mit-helfende Familienangehörige im elterlichen Haushalt oder Betrieb (meist in der Landwirtschaft), ungefähr ein Fünftel (19%) setzte das Studium fort. Dieses Bild ist allerdings nicht vollständig, denn die Zahl der nicht erledigten Fälle sowie der Fälle mit unbekanntem oder anderweitigem Verbleib ist ziemlich hoch.

#### Gemeldete Schulabgänger nach ihrem Verbleib<sup>1)</sup>

	1950		1951		1952	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Lehrstellenantritte .....	19.317	23'6	21.052	26'1	21.782	25'2
An die Arbeitsvermittlung abgegeben .....	8.541	10'4	8.207	10'2	7.240	8'4
Fortsetzung der Schulbildung .....	12.139	14'8	13.350	16'6	16.609	19'2
Mithilfe im elterlichen Haushalt oder Betrieb usw. ....	24.036	29'3	24.076	29'9	25.256	29'2
Anderer oder unbekannter Verbleib .....	7.195	8'8	6.147	7'6	6.661	7'7
Zu Jahresende noch unerledigte Fälle .....	10.683	13'0	7.822	9'7	8.851	10'2
Davon für eine Lehrstellenvermittlung vorgemerkt ..	7.362		5.359		5.703	
Gemeldete Schulabgänger .....	81.911	100'0	80.654	100'0	86.399	100'0

<sup>1)</sup> Nach „Jahresstatistik der Berufsberatung“ des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

Die Gesamtzahl der Schulabgänger ist im Jahre 1952 etwas gestiegen. Absolut konnten sie auch etwas mehr Lehrstellen besetzen, relativ jedoch weniger (nur 25,2% gegenüber 26,1%). Hingegen wurden beträchtlich weniger Fälle an die Arbeitsvermittlung abgegeben, wohl eine Folge der allgemein ungünstigeren Konjunktur- und Arbeitsmarktlage, aber

auch der langfristig wirksamen Tendenz der Wirtschaft, immer weniger jugendliche Hilfsarbeiter einzustellen. Aus den gleichen Gründen stieg vermutlich auch der Anteil jener, die ihre Schulbildung fortsetzten (von 16'6 auf 19'1%). Auch das Bestreben der Eltern, ihren Kindern eine längere und bessere Schulbildung angedeihen zu lassen, mag von Bedeutung gewesen sein.

Viele Jugendliche wenden sich an die Berufsberatung um erstmalige Vermittlung eines Lehr- oder Arbeitsplatzes, nachdem sie mehr als ein Jahr seit ihrem Schulaustritt anderweitig (z. B. als mithelfende Familienangehörige) verbracht haben. Sie werden in der Statistik als „Ältere Ratsuchende“ geführt. Ihre Zahl nahm in den letzten Jahren ständig ab, doch dürfte sich diese Tendenz nunmehr infolge der steigenden Schulentlassenenjahrgänge umkehren.

Im Jahre 1952 erhielt fast die Hälfte der „Älteren Ratsuchenden“ Lehrstellen, nicht ganz ein Viertel aller Fälle wurde an die Arbeitsvermittlung abgegeben. Die übrigen Gruppen sind absolut und relativ nicht bedeutend. Auch hier zeigt sich die früher erwähnte Konstanz der Streuung während der letzten Jahre.

„Ältere Ratsuchende“ nach ihrem Verbleib<sup>1)</sup>

	1950		1951		1952	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Lehrstellenantritte.....	18.685	42'6	18.354	44'1	16.196	46'9
An die Arbeitsvermittlung abgegeben.....	12.044	27'5	11.091	26'6	7.996	23'1
Fortsetzung der Schulbildung.....	1.246	2'8	1.188	2'9	1.016	2'9
Mithilfe im elterlichen Haushalt oder Betrieb usw.....	3.207	7'3	3.283	7'9	2.595	7'5
Anderer oder unbekannter Verbleib.....	4.290	9'8	4.321	10'4	3.312	9'6
Zu Jahresende noch unerledigte Fälle.....	4.363	10'0	3.397	8'2	3.441	10'0
Davon für eine Lehrstellenvermittlung vorgemerkt.....	3.289	7'5	2.527	6'1	2.491	7'2
Gemeldete ältere Ratsuchende.....	43.835	100'0	41.634	100'0	34.556	100'0

<sup>1)</sup> Nach „Jahresstatistik der Berufsberatung“ des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

Berücksichtigt man die Übertritte und Wiedereintritte in Lehrstellen, so ergibt sich aus der Jahresstatistik der Berufsberatung, daß in den Jahren 1950 und 1951 rund 54.000 Jugendliche, im Jahre 1952 dagegen nur 49.000 Jugendliche auf den Arbeitsmarkt strömten<sup>1)</sup>. Da aber nicht der gesamte Zustrom der Jugendlichen den Weg über die Berufsberatung nimmt, dürften die wirklichen Zahlen etwas höher gewesen sein.

<sup>1)</sup> Unter den „Älteren Ratsuchenden“ sind allerdings zum Teil auch Personen enthalten, die bereits das 18. Lebensjahr erreicht haben, also nicht mehr „Jugendliche“ im Sinne des Gesetzes sind.

Seit Beginn des Jahres 1953 hat sich die Lage der *Lehrstellenbewerber* beträchtlich verschlechtert. Es zeigen sich bereits Vorauswirkungen des starken Schulentlassenenjahrgangs 1953. Die Zahl der vorgemerkten Lehrstellensuchenden lag Ende März mit 10.588 bereits um mehr als 40% und Ende April mit 13.445 um fast 50% höher als im Vorjahr. Zwar war auch die Zahl der vermittelten Lehrstellen in diesen Monaten größer, jedoch nur geringfügig. Dagegen ist die Zahl jener offenen Lehrstellen, die für einen *sofortigen* Antritt verfügbar sind, in den letzten Monaten auffallend niedrig. Da aber die Zahl der gemeldeten offenen Lehrstellen *insgesamt* etwas gestiegen ist, dürfte es sich um eine vorübergehende Zurückhaltung der Arbeitgeber bei der sofortigen Neueinstellung von Lehrlingen handeln. Vermutlich ist diese Zurückhaltung auf die Unklarheit zurückzuführen, die derzeit noch hinsichtlich der Einzelheiten der beabsichtigten Unterbringungsmaßnahmen zugunsten der starken Jahrgänge, insbesondere der Subventionierung der Lehrlingshaltung, besteht. Die Andrangsziffern (das Verhältnis der Lehrstellenbewerber zu den offenen Lehrstellen), die im Vorjahr im März und April zwischen 1'2 und 1'5 lagen, liegen daher heuer zwischen 2'0 und 2'6.

Vorgemerkte Lehrstellensuchende, offene Lehrstellen und besetzte Lehrplätze<sup>1)</sup>

	1952		1953	
	März	April	März	April
a) Vorgemerkte Stellensuchende.....	7.509	9.004	10.588	13.445
b) Offene Lehrstellen.....	5.155	6.467	4.158	5.137
c) Andrangsziffer (a:b).....	1'5	1'4	2'5	2'6
d) Sofort <sup>2)</sup> verfügbare Lehrstellensuchende.....	4.934	4.740	5.504	5.027
e) Sofort <sup>2)</sup> verfügbare Lehrstellen.....	3.612	3.956	2.437	2.568
f) Andrangsziffer (d:e).....	1'4	1'2	2'3	2'0
g) Besetzte Lehrstellen.....	1.640	1.671	1.728	1.746

<sup>1)</sup> Nach „Jahresstatistik der Berufsberatung“ des Bundesministeriums für soziale Verwaltung. — <sup>2)</sup> Spätestens bis Ende des nächsten Kalendermonates.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Im *Güterverkehr* der Bundesbahnen sind die geleisteten Netto-Tonnenkilometer von 487'6 Mill. im März (26 Arbeitstage) auf 468'1 Mill. im April (25 Arbeitstage) und die monatlichen Wagenstellungen von 151.746 auf 146.142 gesunken. Die Verladetätigkeit je Arbeitstag blieb mit 5.846 Wagen nahezu unverändert (+ 0'2%), allerdings allein infolge höherer Transporte von Baustoffen, für die je Arbeitstag 21'2% mehr Wagen gestellt wurden; alle anderen Transporte nahmen vielfach im Gegensatz zum saisonüblichen Verlauf ab. Gegenüber April 1952 lagen die geleisteten netto-t-km um 20%, die Zugs- und Wagenachskilometer sowie die gestellten Wagen um

10 bis 12% tiefer. Von den einzelnen Güterarten wurden vor allem Baustoffe (– 24%), Holz (– 24%), Eisen und Metalle (– 18%) sowie Kohle (– 13%) weniger transportiert. Da die Ein-, Aus- und Durchfuhr nahezu unverändert blieb, erstreckt sich die Leistungsminderung fast ausschließlich auf den Binnenverkehr.

### Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	Jänner	Februar	März	April	April (+) (–) gegen Vormonat insges. Arbeitstag in %	
Insgesamt .....	128.588	123.879	151.746	146.142	– 3'7	+ 0'2
davon						
Kohle, Koks ...	22.878	21.889	22.525	18.972	– 15'8	– 12'4
Holz .....	18.854	18.945	20.397	19.572	– 4'0	– 0'3
Baustoffe .....	7.863	8.740	17.496	20.404	+ 16'6	+ 21'2
Eisen, Metalle ..	8.497	8.530	9.980	9.599	– 3'8	0
Papier, Zellstoff	4.463	3.810	4.526	4.203	– 7'1	– 3'4
Erze .....	6.501	6.418	6.916	6.604	– 4'5	– 0'8
Kunstdünger....	3.139	3.502	7.335	6.013	– 18'0	– 14'5
Nahrungsmittel..	8.748	7.652	8.339	7.662	– 8'1	– 4'7
Stückgut .....	24.926	22.793	27.668	25.216	– 8'9	– 5'2
Sammelgut .....	3.462	3.453	3.893	3.852	– 1'1	+ 2'7
Zuckerrüben....	1.064	5	—	—		
Anderer .....	18.193	18.142	22.671	24.045	+ 6'1	+ 10'3

Die Wagenlage war nur bei Hochbordwagen und vierachsigen Flachwagen angespannt, so daß besonders bei Holz- und Kohletransporten zeitweise ein empfindlicher Engpaß auftrat. Der gesamte Wagenbedarf konnte zu 94% gedeckt werden; die Zahl der abgestellten Schadwagen erhöhte sich von 4.444 auf 5.141, d. s. 18'5% des Güterwagenbestandes, ein Schadwagenbestand, der rund doppelt so groß ist wie normal. Die hohe Abnutzung während des Krieges würde eine viel raschere Bestandserneuerung erfordern, als dies gegenwärtig finanziell möglich ist.

Der *Personenverkehr* war mit 5'2 Mill. verkauften Karten etwas höher als im März und blieb nur geringfügig unter dem Vergleichsmonat 1952.

### Fremdenverkehr

Die ERP-Kredite für den Wiederaufbau und Ausbau der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft sind nunmehr endgültig in einen roulierenden Investitionsfonds umgewandelt worden<sup>1)</sup>. Damit steht dem Fremdenverkehr ein Kapitalstock von 284 Mill. S zur Verfügung, aus dem durch die rückfließenden Kredite jährlich 15 bis 20 Mill. S bereitgestellt werden können, so daß das Beherbergungsgewerbe und Verkehrsanlagen aller Art weiter ausgebaut werden können.

Diese Mittel werden nach einem langfristigen und gut fundierten Investitionsplan verwendet werden müssen. Da der Wiederaufbau und Ausbau der

<sup>1)</sup> Siehe „Die Verwendung von ERP-Mitteln für den Fremdenverkehr“, in Monatsberichte, Heft 3, Jg. 1953, S. 94.

führenden Fremdenverkehrszentren einen gewissen Abschluß erreicht hat, kommt zunächst die Erschließung neuer und die Förderung solcher Gebiete in Betracht, die bisher zugunsten des Ausländerverkehrs vernachlässigt wurden und vor allem dem Inländerverkehr dienen<sup>2)</sup>.

Zu bevorzugen wären wohl in erster Linie Gebiete mit klimatischer Heilwirkung, da sie auch dem Ausländerverkehr einen neuen Auftrieb geben könnten. Da die vorhandenen Mittel für derartige Investitionen kaum ausreichen dürften, wird es erforderlich sein, kapitalkräftige Interessenten für derartige Projekte zu finden.

Der Investitionsplan für das Jahr 1953 sieht Kredite von 41 Mill. S vor, von denen 11'54 Mill. S für Verkehrsprojekte, 11'75 Mill. S für Hotelneubauten, 5'5 Mill. S vorwiegend für Straßenbauten und 12'2 Mill. S für Modernisierung bestehender Betriebe verwendet werden sollen. Außerdem ist eine Sonderaktion zur Ausgestaltung von Autorasthäusern und Hotels an Hauptstraßen und Verkehrsknotenpunkten vorgesehen. Diese Aktion wird in Zusammenarbeit mit dem ÖAMTC, der an der Auswahl der geeigneten Betriebe mitwirken soll, durchgeführt. Es ist auch daran gedacht, in diesen Betrieben Standardpreise für gleiche Leistung hinsichtlich Quartier und Verpflegung einzuführen, um dem Motortouristen die Kostenplanung zu erleichtern. Dieses Standardpreissystem kann sich als ein wirkungsvolles Werbemittel im Ausländerverkehr erweisen, da der Motortourismus auch Bevölkerungskreise mit relativ beschränkter Kaufkraft erfaßt, die daher eine genaue Kostenvorschau sehr begrüßen würden.

### ERP-Investitionsplan 1953 für den Fremdenverkehr

	Mill. S
I. Verkehrsprojekte .....	11'54
darunter	
Sitzliegewagen .....	3'20
Sessellift Muttereralm .....	2'00
„ Tauplitz .....	1'80
„ Kitzbühelerhorn .....	1'20
„ Obergurgl, Hirschenkogel, Schloßalm, Brand, Kufstein .....	3'54
II. Hotelneubauten und Jugendherbergen in Innsbruck, Zell am See, Bieler Höhe, St. Anton, Rudolfshütte .....	11'75
III. Sonstige Projekte .....	5'50
IV. Modernisierung .....	12'21
I bis IV .....	41'00

<sup>2)</sup> Da in diesen letzteren Fremdenverkehrsräumen hauptsächlich kleinere und mit wenig Initiative arbeitende Beherbergungsbetriebe vertreten sind, wird eine entsprechende Aufklärungsarbeit bei den Eigentümern dieser Betriebe erforderlich sein. Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, daß diese Betriebe gegenüber Modernisierung und Ausbau auf Kreditbasis wenig aufgeschlossen sind, da ihnen trotz der äußerst günstigen Kreditbedingungen das Risiko zu groß erscheint.

**Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1952/53**

Nach dem vorläufigen Halbjahresergebnis wurden im Winterhalbjahr 1952/53 ohne das Zollausschlußgebiet Mittelberg (Kleines Walsertal) 4 3/4 Mill. Übernachtungen gezählt<sup>1)</sup>, während der Fremdenverkehr in der Saison 1949/50 noch um 14 3/10% und 1951/52 um 5 0/10% stieg, nahm er heuer nur noch um 2 7/10% zu. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Frequenz der Wintersaison bereits um 13% über dem Vorkriegsstand liegt, wobei jedoch dieses gute Ergebnis ausschließlich dem Inländerverkehr zu verdanken ist, der um 35 3/10% höher war. Der Ausländerverkehr dagegen blieb trotz seiner Steigerung gegenüber der Vergleichssaison 1951/52 immer noch um 13% hinter dem Stand von 1936/37 zurück.

Der Fremdenverkehr nahm in den letzten Jahren hauptsächlich deshalb immer weniger zu, weil sich die Preiskonkurrenz vor allem der Schweiz und Norwegens auswirkte und der Interessentenkreis für Winteraufenthalte relativ begrenzt ist. Da die Kursangleichung den Preiswettbewerb der heimischen Hotellerie nicht erleichtert hat und die Werbung neuer in- und ausländischer Kreise für den Wintersport schwierig ist, ist eine nachhaltige Steigerung des Winterverkehrs kaum zu erwarten.

**Fremdenverkehr in den Winterhalbjahren 1936/37 und 1949 bis 1953<sup>1)</sup>**

Winterhalbjahr	Insgesamt		Inland		Ausland	
	1.000 Übernachtungen	%	1.000 Übernachtungen	%	1.000 Übernachtungen	%
1936/37 <sup>2)</sup>	4.069'5	100'0	2.192'3	100'0	1.877'2	100'0
1949/50 <sup>2)</sup>	3.732'2	91'7	2.726'8	124'4	1.005'4	53'6
1950/51 <sup>2)</sup>	4.264'2	104'8	3.015'0	137'5	1.249'2	66'5
1951/52 <sup>2)</sup>	4.477'5	110'0	3.024'0	137'9	1.453'5	77'4
1952/53 <sup>2)</sup>	4.343'3	—	2.789'4	—	1.553'8	—
1952/53 <sup>1)</sup>	4.599'6	113'0	2.965'2	135'3	1.637'7	87'2

<sup>1)</sup> Ohne das Zollausschlußgebiet Mittelberg. — <sup>2)</sup> Vollständige Halbjahresergebnisse. — <sup>3)</sup> Vorläufiges Halbjahresergebnis auf Grund der Monatsergebnisse von 800 Gemeinden. — <sup>4)</sup> Voraussichtliches vollständiges Halbjahresergebnis; als Korrektur wurde angenommen: Für „Insgesamt“ + 5 9/10%, „Inland“ + 6 3/10%, „Ausland“ + 5 4/10%.

Der Inländerverkehr war mit 2 7/9 Mill. Übernachtungen um 2% niedriger als im Jahre 1951/52 und damit erstmalig seit Kriegsende rückläufig. Den Rückgang haben vor allem die Preissteigerungen und die relativ kurze Wintersaison in den vom Wiener Reisepublikum bevorzugten Skigebieten der Steiermark und Kärntens verursacht. Die Zahl der Besucher aus den Bundesländern ging stärker zurück als die

<sup>1)</sup> Das vorläufige Ergebnis beruht auf Monatsmeldungen aus 800 Gemeinden; die endgültige Halbjahreszählung umfaßt rund 1.700 Gemeinden und liegt um ca. 6% höher als die Summe der Monatsergebnisse. Auf das Kleine Walsertal entfielen im Winterhalbjahr 1952/53 324.364 Übernachtungen; in den folgenden Betrachtungen wird dieses Gebiet ausgeschlossen, da es praktisch mit der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft nichts zu tun hat.

aus Wien (minus 3% gegen minus 0 5/10%). Die Verschiebung zwischen Wien und den Bundesländern gegenüber 1936/37 ist aber noch immer sehr markant. Während die Reisenden aus Wien gegenüber der Vorkriegszeit nur um 6 2/10% zugenommen haben, erhöhte sich die Frequenz aus den Bundesländern um 65 7/10%, wodurch ihr Anteil von 49% auf 60% stieg.

**Der Anteil des Wiener Reisepublikums am Inländerverkehr**

	1.000 Übernachtungen	Wien 1936/37 = 100	Anteil	1.000 Übernachtungen	Übrige Bundesländer 1936/37 = 100	Anteil
1936/37	1.122'2	100'0	51'2	1.070'0	100'0	48'8
1952/53 <sup>2)</sup>	1.138'5	—	—	1.651'0	—	—
1952/53 <sup>1)</sup>	1.192'0	106'2	40'2	1.773'2	165'7	59'8

<sup>1)</sup> Ergebnis auf Grund der monatlichen Meldungen aus 800 Gemeinden. — <sup>2)</sup> Voraussichtliches Halbjahresergebnis.

Der Ausländerverkehr nahm gegenüber 1951/52 um 12 7/10% zu. Der Besuch hat sich aus allen Ländern erhöht, ausgenommen England, Italien und die Schweiz. Am stärksten stieg der Besuch aus Deutschland (+ 41%), das damit seinen Anteil von 33% auf 41 2/10% steigern konnte; dann folgen die USA (+ 30%), die mit einem Anteil von 8 3/10% nach Frankreich und England an vierter Stelle stehen. Die Zunahme der Besucher aus den USA ist um so bemerkenswerter, als Österreich bisher nur einen sehr geringen Teil des amerikanischen Reisetromes nach Europa auf sich lenken konnte. Die Einführung der stark verbilligten Touristenklasse im Flugverkehr dürfte die Zahl der amerikanischen Besucher wahrscheinlich weiter erhöhen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß von den Reisenden aus Übersee sowohl Österreich wie auch die Schweiz hauptsächlich auf der Durchreise besucht werden. Vor allem sind aber die Besuche aus Deutschland noch weiter steigerungsfähig, wobei es für das österreichische Fremdenverkehrsgewerbe vorteilhaft

**Ausländerverkehr im Winterhalbjahr 1952/53 nach Herkunftsländern**

	1936/37 <sup>1)</sup>	1950/51 <sup>1)</sup>	1951/52 <sup>1)</sup>	1952/53 <sup>2)</sup>	1951/52 <sup>2)</sup>	Anteil = 100	%
Insgesamt	2.151'7	1.586'7	1.786'2	1.878'2	109'7	—	—
abzügl. Mittelberg	274'6	334'5	332'8	324'4	97'5	—	—
Rest	1.887'1	1.252'2	1.453'4	1.553'8	112'7	100'0	—
davon aus							
Belgien	12'7	36'4	37'3	40'3	110'7	2'6	—
Deutschland	295'8	271'1	501'0	641'6	141'0	41'2	—
Frankreich	55'0	142'9	162'8	163'0	105'4	10'5	—
England	107'1	186'5	188'6	149'0	80'2	9'6	—
Italien	26'3	161'3	117'3	94'3	82'4	6'1	—
Niederlande	59'9	58'8	73'8	78'2	107'9	5'0	—
Schweden	5'2	24'3	19'5	21'3	110'9	1'4	—
Schweiz	28'7	146'0	130'1	94'1	75'0	6'1	—
USA	17'2	92'3	101'0	129'5	129'6	8'3	—
Anderere	1.279'2	132'6	122'0	142'5	123'0	9'2	—

<sup>1)</sup> Vollständiges Halbjahresergebnis. — <sup>2)</sup> Summe der Monatsergebnisse aus 800 Gemeinden. — <sup>3)</sup> Zum Vergleich wurde für 1951/52 die Summe der Monatsergebnisse zugrunde gelegt.

ist, daß die deutschen Gäste ihr „Reiseland“ weniger oft zu wechseln pflegen. Schwierigkeiten bereitet der Mangel an Winter-Bettenraum.

Der Rückgang der Besucher aus Italien (auf nahezu die Hälfte von 1950/51) und der Schweiz war zu erwarten, da die starke Steigerung in den ersten Nachkriegsjahren ausschließlich auf die günstigen Preisrelationen zurückzuführen war. Immerhin war die Zahl der Nächtigungen der Besucher aus beiden Ländern noch um das rund 3,5fache höher als 1936/37.

Die regionale Verteilung des Fremdenverkehrs blieb ziemlich unverändert. Im Gesamtverkehr ist Tirol an die erste Stelle getreten (19,2%; 1951/52 18,7%). Salzburg (18%; 20,1%), Niederösterreich (16,6%; 16,6%), Oberösterreich (12,7%; 12,4%) und die Steiermark (13,8%; 13,5%) folgen. Im Ausländerverkehr dominierte Tirol mit 43,4% (46,5%) vor Salzburg mit 19,2% (16,5%), im Inländerverkehr Niederösterreich (25,2%), die Steiermark (20,3%) sowie Oberösterreich und Salzburg (je 17%).

#### Der Fremdenverkehr nach Bundesländern im Winterhalbjahr 1952/53<sup>1)</sup>

	Insgesamt		Inland		Ausland	
	1.000 Übernachtungen	%	1.000 Übernachtungen	%	1.000 Übernachtungen	%
Österreich .....	4.343,4	100,0	2.789,6	100,0	1.553,8	100,0
Wien .....	362,3	8,3	181,9	6,5	180,4	11,6
Niederösterreich ..	723,1	16,6	712,4	25,2	10,7	0,7
Oberösterreich ...	552,7	12,7	473,0	17,0	79,7	5,1
Salzburg .....	783,5	18,0	485,6	17,4	297,9	19,2
Steiermark .....	598,5	13,8	565,5	20,3	33,0	2,1
Kärnten .....	129,1	3,0	92,5	3,3	36,6	2,4
Tirol .....	835,9	19,2	161,3	5,8	674,6	43,4
Vorarlberg .....	345,8	8,0	104,9	3,8	240,9	15,5
Burgenland .....	12,5	0,3	12,5	0,4	—	—

<sup>1)</sup> Summe der Monatsergebnisse aus 800 Gemeinden, ohne das Zollausschließgebiet Mittelberg.

Die Devisenbilanz aus dem Reiseverkehr im Winterhalbjahr 1952/53 hat sich erheblich verbessert. Die Deviseneingänge erhöhten sich von 165,0 Mill. S auf 348,4 Mill. (+ 111,2%), die Ausgänge von 49,6 Mill. auf 69,1 Mill. (+ 39,3%), so daß der Saldo mit 279,3 Mill. S das Ergebnis der Vergleichssaison (115,4 Mill.) um 142% überschritt. Die Tagesausgaben pro Person betragen rechnerisch 212 S gegenüber 113 S in der Saison 1951/52. Während die Zahl der Ausländernachtigungen um 13% zunahm, stiegen die Tagesausgaben um 88% und die Eingänge um 111%. Die Ursachen dieser Diskrepanz sind, abgesehen von der Preissteigerung um durchschnittlich 10 bis 15%, statistisch nicht erfaßbar. Die restlichen Mehreingänge in Höhe von 150 Mill. S dürften sich teils durch Angleichung des freien Schillingkurses im Aus-

land an den amtlichen Prämienkurs<sup>1)</sup> (wodurch der Schwarze Markt wegfiel), teils aber auch durch einen Rückfluß ehemaligen Fluchtkapitals ergeben haben.

Für diese Annahme spricht vor allem die Zunahme der Einnahmen von Dollars und Schweizer Franken. Die Dollareinnahmen erhöhten sich von 0,69 Mill. Dollar auf 3,72 Mill. Dollar (+ 435%), d. s. 97 Mill. S oder 28% der gesamten Einnahmen, die an Schweizer Franken von 0,74 Mill. sfrs auf 2,97 Mill. (+ 302%), bei einem Rückgang der Schweizer Nächtigungszahl um 25%. Auch bei den übrigen Hartwährungen zeigt sich eine ähnliche Bewegung, die umso weniger allein auf das Verschwinden des Schwarzen Marktes zurückgeführt werden kann, als ein Teil der Ausländer den Aufenthalt in Österreich durch die Auflösung von Sperrkonten bestreitet, auf denen 4.000 S pro Kopf und Woche freigegeben werden.

Die Höhe dieses mit dem Fremdenverkehr nicht im Zusammenhang stehenden Betrages kann nicht erfaßt werden, da keine exakten Tagesausgaben pro Fremden bekannt sind und daher auch jener Betrag nicht als Restgröße ermittelbar ist. Auf alle Fälle waren jedoch die bei der Nationalbank eingegangenen Devisen in der Saison 1951/52 infolge des Schwarzen Marktes zu nieder und in der Berichtssaison höher, als es der Veränderung der Nächtigungszahl entsprechen würde.

#### Devisenbilanz aus dem Reiseverkehr in den Winterhalbjahren 1950/51 bis 1952/53

Winterhalbjahr	Eingänge	Ausgänge in Mill. S	Saldo
1950/51 .....	137,7	39,7	98,0
1951/52 .....	165,0	49,6	115,4
1952/53 .....	348,4	69,1	279,3

#### Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im April ging der Außenhandel ungefähr im saisonüblichen Ausmaß zurück. Die *Einfuhr* sank trotz der leichten Zunahme der kommerziellen Importe (um 3 Mill. S auf 1.013 Mill. S) um 15 Mill. S auf 1.092 Mill. S, da gleichzeitig die ERP-Einfuhren sanken. Das Volumen der Gesamteinfuhr betrug 102% von 1937 und war um 4% niedriger als im Vormonat. Da im April 1952 die Einfuhr besonders

<sup>1)</sup> So betrug die Züricher Notierung für den Schilling im Durchschnitt der Wintersaison 1951/52 13,59 Franken für 100 S, in der letzten Saison jedoch 16,40. Das Disagio gegenüber dem Prämienkurs von 16,82 ist damit von 3,23 Franken auf 42 Rappen zusammengeschrumpft und hat das Interesse an Devisenmanipulationen (illegale Einfuhr von Schillingen bzw. Verkauf von Devisen am Schwarzen Markt in Österreich) entsprechend vermindert.

stark gefallen war, überstieg das Einfuhrvolumen im April 1953 zum erstenmal seit August wieder das Volumen des entsprechenden Monat im Vorjahr.

Die *Ausfuhr* sank im April um 67 Mill. S auf 903 Mill. S und lag damit um 7% unter dem Vormonat, aber um 8% über dem April 1952. Das Ausfuhrvolumen betrug 132% von 1937 gegenüber 144 im März 1953 und 92 im April 1952. Weniger als im Vormonat wurde vor allem nach Jugoslawien (um 13·8 Mill. S), den USA (um 13·1 Mill. S) und Italien (um 12·4 Mill. S) exportiert. Hingegen stieg die Ausfuhr nach Bulgarien (um 6 Mill. S) und Schweden (um 3·9 Mill. S).

Die warenmäßige Zusammensetzung des Außenhandels verschob sich im April gegenüber den Vormonaten (I. Quartal 1953) auf der Einfuhrseite insbesondere von Fertigwaren auf Nahrungs- und Genußmittel. Im Export fiel der Anteil der Halbfertigwaren zugunsten aller anderen Warengruppen.

*Warenmäßige Zusammensetzung des österreichischen Außenhandels*

	Einfuhr		Ausfuhr			
	1952	1953		1952	1953	
	I. Quartal	April	I. Quartal	April	I. Quartal	April
	Wert in % der Gesamtein- bzw. -ausfuhr					
Nahrungs- und Genußmittel .....	27·0	26·0	31·6	0·7	0·4	0·6
Rohstoffe .....	33·7	35·5	32·9	30·8	25·6	27·4
Halbfertige Waren <sup>1)</sup> ..	18·9	15·1	15·6	26·1	31·1	28·3
Fertigwaren .....	20·4	23·4	19·9	42·4	42·9	43·7

<sup>1)</sup> Einschließlich Futter- und Düngemittel.

Der *Aktivsaldo Österreichs in der EZU* hat sich seit Dezember des Vorjahres wieder langsam, aber stetig, verringert. Im 2. Halbjahr 1952 (ausgenommen September) war Österreich Gläubiger. Die Überschüsse stiegen auf 9·9 Mill. Dollar im November. Im Dezember sanken sie auf 6·6 Mill. Dollar und im Jänner ergab sich bereits ein Defizit von 0·4 Mill. Dollar, das sich in den folgenden drei Monaten auf

2·1, 3·7 und 4·5 Mill. Dollar erhöhte. Die Verschlechterung der Lage ergibt sich auch daraus, daß sich Österreich gegenüber einer zunehmenden Zahl von Ländern verschuldet hat. Während im 2. Halbjahr 1952 die Abrechnung nur mit 5 der 14 EZU-Partner mit einem Defizit schloß, waren es im Februar 1953 6, im März 8 und im April bereits 9 Staaten. Das größte Defizit ergibt sich gegenüber Westdeutschland, die günstigste Überschußposition besteht in den meisten Monaten gegenüber Italien.

*Die österreichische Abrechnung mit der EZU.*

		Monatsdurchschnitte in Mill. Dollar (- = Defizit, + = Überschuß)
1950	2. Halbjahr .....	- 6·2
1951	I. „ .....	-11·1
	2. „ .....	- 4·4
1952	I. Quartal .....	- 2·0
	II. „ .....	- 1·9
	III. „ .....	+ 4·7
	IV. „ .....	+ 6·5
1953	I. Quartal .....	- 2·1
	April .....	- 4·5

Da sich aber das Defizit trotz seiner steten Zunahme in verhältnismäßig engen Grenzen hielt, hat es zunächst noch nicht den Kredit erschöpft, den Österreich im Laufe des Vorjahres der EZU erteilte.

Ab Juli soll Österreich Vollmitglied der EZU werden. Das bringt den Vorteil mit sich, daß Österreich der EZU gegenüber nicht nur als Kreditgeber, sondern auch als Kreditnehmer auftreten kann, also auch ohne Inanspruchnahme von amerikanischen Hilfsmitteln („special resources“) einen vorübergehenden Importüberschuß aus Westeuropa ohne Gold- und Devisenverluste finanzieren können wird. Andererseits wird jedoch der volle Beitritt zur EZU von der echten Liberalisierung eines Teiles der österreichischen Einfuhr abhängig gemacht werden.